

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 48.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Zimmer 442a.

Düsseldorf, 29. November 1913.

Redakteur: A. Gentmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Naten, Krefeld. Tel.-Nr. 1338. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Zum dritten deutschen Arbeiterkongress.

Wenn unsere Mitglieder diese Zeilen zu Gesicht bekommen, dann haben sich die gewählten Vertreter der christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten bereits in Berlin zusammengefunden zu ernster Beratung. Die diesmalige Kongrestagung hat sich mit außerordentlich wichtigen Problemen, mit Lebensfragen der Arbeiterschaft, zu befassen. Schon von dem Gesichtspunkt aus verdienen die Verhandlungen größte Beachtung.

Sehen wir zunächst mal, wie sich der Kongress zusammensetzt, welche Organisationen dort vertreten sind. In erster Linie sind zu erwähnen unsere christlichen Gewerkschaften. Sie darf man wohl, ohne unbescheiden zu sein, als die Kerntruppe der deutschen Arbeiterkongresse bezeichnen. Mit ihnen nehmen in altgewohnter Freundschaft auch die konfessionellen Gesellen-, Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine an der Kongressveranstaltung teil. Eine dritte wichtige Gruppe bildet der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband, der wie früher so auch diesmal wieder Seite an Seite mit den vorgenannten Organisationen bestrebt ist, für die Interessen der deutschen Arbeiter und Angestellten einzutreten. Dann wären noch zu nennen einige Verbände der Staatsarbeiter und -Angestellten, sowie eine Reihe kleinerer auf christlichem und nationalem Boden stehender Organisationen. Die Girsch-Dunderschen Gewerkschaften haben auch diesmal wieder eine Beteiligung abgelehnt. Das mag an sich bedauerlich sein, für die Kongressverhandlungen selbst wird ihr Fernbleiben eine wesentliche Einbuße nicht bedeuten.

Welches sind nun die Gründe für die Einberufung der deutschen Arbeiterkongresse? Ihre Veranstaltung war eine Notwendigkeit. Die Sozialdemokratie spielte sich als die alleinige Vertreterin der Interessen der Arbeiterschaft auf. Tatsächlich herrschte denn auch in den weitesten Kreisen des Bürgertums die Auffassung, als ob Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie zwei gleiche Begriffe seien. Die Scharfmacher mußten das geschickt auszunutzen. Sie suchten auch die berechtigten Arbeiterforderungen als sozialdemokratisch zu denunzieren, um so deren Durchführung Schwierigkeiten zu bereiten. Es ist ein großes Verdienst der deutschen Arbeiterkongresse, die in den bürgerlichen Kreisen herrschenden Vorurteile gegen die sozialreformerschen Bestrebungen wesentlich verringert und den Scharfmachern das Konzept verdorben zu haben. Auf den Kongressen waren jeweils Hunderttausende christlich und national gesinnter Arbeiter vertreten, die — auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung fußend — ihre Forderungen erhoben, die nun nicht mehr so ohne weiteres als sozialdemokratische Forderungen abgetan werden konnten. So haben die deutschen Arbeiterkongresse zweifellos wesentlich dazu beigetragen, einen günstigeren Resonanzboden für die sozialpolitischen Bestrebungen der Arbeiterschaft zu schaffen. Vor allem wurden auch die bürgerlichen Parteien gezwungen, diesen Bestrebungen in etwa Rechnung zu tragen.

Nun machen sich aber neuerdings wieder in zunehmendem Maße Strömungen bemerkbar, die sich gegen eine Fortführung der Sozialreform und für eine Verschlechterung des Koalitionsrechtes mächtig ins Zeug legen. Erst vereinzelt und dann immer zahlreicher wurden die Stimmen aus dem Arbeitgeberlager, die bezüglich unserer Arbeiterversicherung von der Föchtung einer Renten-hysterie, von der Untergrabung des Selbstverantwortlichkeitsgefühls unter der Arbeiterschaft sprachen; die betonten, die der Industrie durch die Sozialversicherung auferlegten Einschränkungen und Kosten wür-

den unerträglich und beeinträchtigten deren Konkurrenzfähigkeit. Auch die Forderung nach einem besseren Schutze der Arbeitswilligen wurde erst leise und dann — begünstigt durch den sozialdemokratischen Terror — immer lauter und lauter erhoben. Und heute sind nicht mehr allein die im Zentralverband deutscher Industrieller organisierten Vertreter der Großindustrie die Träger dieser sozialpolitisch reaktionären Strömung, nein, auch weite Kreise der mittleren und kleineren Unternehmer bis hinab zu den Handwerksmeistern sind von ihr erfaßt worden. Die Scharfmacher haben es zweifellos verstanden, für ihre Ideen Stimmung zu machen. Neuerdings haben sich ja all diese Befürworter eines Stillstandes in der Sozialreform und eines besseren Schutzes der Arbeitswilligen zusammengefunden im „Kartell der schaffenden Arbeit“, um so ihren für uns gefährlichen Bestrebungen eine größere Stoßkraft zu verleihen.

In all dem liegt zweifellos für die deutsche Arbeiterschaft, vor allem für die Gewerkschaftsbewegung, eine große Gefahr. Auch die christlich gesinnte und christlich organisierte Arbeiterschaft hat darum alle Veranlassung, den oben erwähnten Strömungen energig entgegenzutreten. Es muß den maßgebenden Stellen und den breiteren Volksschichten klar gemacht werden, daß heute, wo noch weite Schichten der Arbeiterschaft vor den Berufsgefahren nur ungenügend geschützt, wo die Frage der Arbeitslosenversicherung noch ungelöst und auf dem Gebiete des Wohnungswesens die größten Mißstände bestehen, von einem Stillstand der Sozialreform keine Rede sein darf. Es muß ihnen weiter auch klar gemacht werden, daß die christlich gesinnte Arbeiterschaft den sogenannten Schutz der Arbeitswilligen, hinter dem sich meist die grundsätzliche Abneigung gegen jede selbständige Gewerkschaftsbewegung verbirgt, entschieden ablehnend gegenübersteht und jede Verschlechterung des Koalitionsrechtes energig bekämpft. Die Arbeitswilligen sind genügend geschützt, dafür liefern die in den letzten Jahren gefällten Gerichtsurteile Beweise in Hülle und Fülle. Im übrigen, will man dem Terror wirklich zuleibe rücken, gut, wir sind einverstanden; dann aber darf nicht nur gegen den Terror der Genossen, dann muß auch gegen den von den Arbeitgebern und ihren Organisationen ausgeübten Terror vorgegangen werden. Das den maßgebenden Kreisen, wie auch der gesamten Öffentlichkeit zu sagen, ist die eine Aufgabe des in diesen Tagen zusammentretenden deutschen Arbeiterkongresses.

Dann wird sich dieser ebenfalls noch mit der für die unteren Volksschichten so hochwichtigen Frage der Lebensmittelversorgung und der Lebensmittelerhöhung zu befassen haben. Und auch hier ist ein offenes und deutliches Wort für all jene, die trotz der vorhandenen Not von staatlichen und kommunalen Maßnahmen zu deren Binderung, oder auch von zollpolitischen Erleichterungen nichts wissen wollen, durchaus am Platze. Vor allem werden auch wir die Gelegenheit benutzen, die durch die Teuerung verschlechterte Lebenshaltung der Textilarbeiter gründlich herauszustreichen.

So wird zweifellos auch dieser deutsche Arbeiterkongress wiederum zu einer bedeutungsvollen Kundgebung, zu einem Markstein in der Geschichte der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands werden. Aber nicht nur das, er wird auch ein Gegengewicht schaffen gegenüber den gekennzeichneten reaktionären Strömungen. Hoffen wir, daß es stark genug ist, um die der deutschen Arbeiterschaft drohenden Gefahren abzumenden. In dem Sinne wünschen wir den Kongressverhandlungen den besten Erfolg.

Ursachen und Folgen der Arbeitslosigkeit.

Umfangreichere Arbeitslosigkeiten werden hervorgerufen durch die Schwankungen der Wirtschaftskongjunktur. Die Geschichte der Volkswirtschaft zeigt uns, daß fast regelmäßig gute Geschäftskongjunktoren mit sogenannten Wirtschaftskrisen abwechseln. Die Ursachen dieser Erscheinung lassen sich nicht auf eine kurze Formel bringen, sie sind vielmehr sehr verschiedener Natur. Es geht nicht an, die Sache einfach als „naturnotwendige Folge der kapitalistischen Produktionsweise“ hinzustellen, wie es seitens der Sozialdemokratie geschieht. Das trifft nur zum Teil zu; daneben wirken auch noch eine Reihe anderer Gründe mit, die auch in einem sozialistischen Staat nicht beseitigt werden könnten. Die Bibel berichtet uns schon aus dem alten Testament von sieben fetten und sieben mageren Jahren. Also schon Kongjunkturschwankungen und Wirtschaftskrisen zu einer Zeit, wo der moderne Kapitalismus noch nicht erfunden war.

Wirtschaftskrisen mit größerer Arbeitslosigkeit können entstehen durch allgemeine Mißernten. Von ihnen wird die Landwirtschaft in erster Linie betroffen; indirekt aber auch Industrie und Gewerbe, weil erstens die Preise der landwirtschaftlichen Produkte in die Höhe schnellen, zweitens die Kaufkraft der Landwirtschaft, einer guten Abnehmerin der Industrie, durch Mißernten geschwächt wird. Bei den heutigen Verkehrsverhältnissen auf dem Weltmarkt ist die untere angeedeutete Gefahr zwar stark herabgemindert; immerhin ist der jeweilige Ernteausfall doch stets von nachhaltigem Einfluß auf die allgemeine Wirtschaftslage. Eine der wesentlichsten Ursachen der Kongjunkturschwankungen liegt in der Unübersichtlichkeit des Weltwirtschaftsmarktes. Seit die Weltwirtschaft an die Stelle der Volkswirtschaft getreten, seit die Völker nicht mehr allein für den Inlandsmarkt, sondern für den Weltmarkt produzieren, ist die Uebersicht über den Bedarf, den Bestand und über die Nachfrage an Gütern immer schwieriger, ja fast zur Unmöglichkeit geworden. Infolgedessen ist es nicht zu vermeiden, daß in dieser oder jener Branche mal zu viel produziert wird und dann eine Stodung unvermeidlich ist. Dazu kommt, daß im Inland die Arbeitsvermittlung nicht einheitlich organisiert, eine genaue Uebersicht über den Arbeitsmarkt gar nicht vorhanden ist. In einer Stadt oder in einem Bezirk können Tausende von Arbeitslosen sein, an einem anderen Ort dagegen kann Mangel an Arbeitskräften herrschen, ohne daß ein Ausgleich mit dem heutigen Arbeitsnachweiswesen zu erzielen wäre. Die Arbeitsvermittlung ist zu arg zersplittert, ihr fehlt die genaue Uebersicht und die interlokale Zusammenarbeit. Eine sehr bedenkliche Erscheinung ist die starke Abwanderung aus der Provinz in die Großstädte, wo sich die Arbeitermassen dann festsetzen und auch bei abflauernder Geschäftslage nicht mehr wegzukriegen sind. In einigen Gewerben ist der Zug zur Großstadt so stark geworden, daß einige sozialdemokratische Gewerkschaften sich veranlaßt sehen, mit Nachdruck die Parole auszugeben: „Weidet die Großstadt! hinaus in die Provinz!“ Tatsache ist ja, daß sich die Massenarbeitslosigkeit stets zuerst und am stärksten in den Großstädten bemerkbar macht. Die Bestrebungen, das ungeheure Zusammenströmen von Arbeitermassen in den großen Städten einzudämmen, verdient die nachdrücklichste Unterstützung. Aufklärung der Arbeiter über die Zustände in den Großstädten ist hier vor allem notwendig.

Sehr stark wird der Weltwirtschaftsmarkt beeinflusst durch die politischen Zustände. Internationale Verwicklungen, Kriege, politische Umwälzungen usw. müssen naturnotwendig auf die Geschäftslage zurückwirken; und bei den heutigen Weltmarktverhältnissen nicht nur in den direkt beteiligten Ländern, sondern auf alle Staaten, die am Weltmarkt beteiligt sind. So ist die diesjährige Abflauerung des Weltwirtschaftsmarktes zum großen Teil auf

die Balkankriege und die damit zusammenhängende welt-
politische Spannung zurückzuführen. Der Absatz nach
einer Reihe von Ländern stockte, die bedrohliche Gefahr
eines europäischen Krieges lähmte den Unternehmungs-
geist, das Geld wurde zurückgehalten und dadurch teuer;
alles Gründe, die ein Abflauen der Geschäftslage zur
Folge haben mußten. Daß der häufige Modewechsel
gehörere Arbeitslosigkeit im Gefolge haben kann, fühlen
wir namentlich in der Textilindustrie.

Nicht zu leugnen ist, daß auch manche Begleit-
erscheinungen des kapitalistischen Systems
Arbeitslosigkeit erzeugen und vermehren. Die Sucht,
nur Geld zu verdienen, treibt zur System- und Regel-
losigkeit in der Gütererzeugung. Besonders nachteilig
wirkt das kapitalistische Bestreben, das Angebot auf dem
Arbeitsmarkt möglichst hoch zu halten, um die Löhne
drücken zu können. Das führt zu dem bellagenwerten
Mißstand, daß ausländische Arbeiter in Massen
ins Land heringeholt werden, die zunächst billiger und
williger sind und dann auch das Angebot an Arbeits-
kräften in der dem Kapital wünschenswerten Weise ver-
mehren. Letzter werden in vielen Fällen ausländische
Arbeiter bevorzugt, ja selbst dann noch beschäftigt, wenn
einheimische Arbeiter existenzlos auf der Straße liegen.
Das sind Zustände, die überaus verbitternd wirken, die
dringend der Reform bedürfen.

So sehen wir, daß eine Reihe von Ursachen bei der
Arbeitslosigkeit zusammenwirken. Kennt man die Gründe
und prüft sie objektiv, dann kann man auch an die Re-
form herantreten und praktische Vorschläge für die Ab-
stellung der Uebelstände machen; was in späteren Artikeln
geschehen soll.

Ueber die verheerenden Folgen der Arbeits-
losigkeit brauchen in einem Arbeiterblatt eigentlich
keine ausführlichen Darlegungen gemacht zu werden.
Diese Folgen sind von der größten Tragweite, nicht nur
für den direkt Betroffenen, sondern auch für die Familie
und die ganze Gesellschaft. Arbeiten wollen und ar-
beiten können, aber nirgends Beschäftigung finden, dem
Glend und der Not preisgegeben, das ist das Schlimmste,
was einem Arbeiter bechieden sein kann. Der von der
Arbeitslosigkeit unschuldig Betroffene verliert häufig nicht
nur den materiellen, sondern auch den moralischen Halt.
Er wird verbittert, zur Verzweiflung oder dem Laster
und Verbrechen in die Arme getrieben. Irrenanstalten
und Buchtthäuser beherbergen nicht wenige Insassen, deren
Schicksal von Arbeitslosigkeit ihren Ausgangspunkt ge-
nommen hat. Und nicht weniger deutlich reden die vielen
Selbstmorde mit dem Instanzenweg: Arbeitslos, Nah-
rungslosigkeit, Verzweiflung und Tod. Am schlimmsten
steht die Sache, wenn der Ernährer einer Familie
längere Zeit arbeitslos wird. Wir wollen davon Ab-
stand nehmen, die Sorgen und Qualen in einer solchen
Familie im einzelnen auszumalen. Der Ruin ungezähl-
ter Familien ist schon durch Arbeitslosigkeit herbeigeführt
worden. Krankheiten, Unterernährung, höhere Kinder-
sterblichkeit usw. sind ständige Begleiter dieser traurigen
Erscheinung. Durch sie sind schon Tausende von Arbei-
tern an ihrer religiösen und staatsstreuen Ueberzeugung
irre geworden und dem Unglauben und politischen Ra-
dikalismus verfallen. Von den Wirkungen der Arbeits-
losigkeit werden mithin nicht nur die Arbeiter, sondern
auch Staat und Gesellschaft stark in Mitleidenenschaft gezogen.
Größere Arbeitslosigkeiten bedeuten auch einen schweren
volkswirtschaftlichen Verlust. Es kann einer
Nation nicht gleichgültig sein, ob so und so viele Arbeits-
kräfte brach liegen, die wohl Werte schaffen könnten,
aber keine Gelegenheit dafür finden.

Eine weitere Folge der Arbeitslosigkeit sei nur kurz
erwähnt: sie hemmt den durch die organisierte Selbst-
hilfe erstrebten Aufstieg der Arbeiterschaft. Wirt-
schaftskrisen bringen Rückschläge für die Arbeiterbewe-
gung. Der große Andrang auf dem Arbeitsmarkt macht
gewerkschaftliche Aktionen sehr schwer. Die Unternehmer
benutzen die Gelegenheit, um die Löhne zu drücken oder
sonstige Maßnahmen durchzuführen, die sie bei guter
Konjunktur den Arbeitern nicht zumuten würden.

Schließlich wird auch durch die mit der Arbeitslosig-
keit verbundene materielle und geistige Degeneration
weiter Volksteile die Wehrfähigkeit der Nation
beeinträchtigt, so daß nicht nur allgemein menschliche, so-
ziale und volkswirtschaftliche, sondern auch vaterländische
Gesichtspunkte für eine Abstellung der Uebelstände
sprechen. Größere Arbeitslosigkeiten nach Möglichkeit zu
verhüten, die unschuldigen Opfer der Arbeitslosigkeit
aber zu stützen und vor dem Untergang zu bewahren, ist
die wichtigste und dringlichste Aufgabe der zukünftigen
Wirtschaftspolitik und Sozialreform.

Weder Klarheit noch Wahrheit!

Graf Oppersdorff ist einer jener „Berliner“ Herren,
die bei jeder Gelegenheit gegen den interkonfessionellen
Charakter der christlichen Gewerkschaften Sturm laufen.
Dabei ist der Herr Graf selbst Vorsitzender eines
interkonfessionellen Bauernvereins. Konsequenter-
weise ist das gewiß nicht. Daraus wurde der Herr Graf auch
verschiedentlich schon aufmerksam gemacht. Sängst suchte
er nun seine Handlungsweise zu rechtfertigen. Und wie!
Der Herr Graf konstruiert einfach auf künstliche Weise
einen Unterschied zwischen dem Interkonfessionalismus

der christlichen Gewerkschaften und jenem der Bauern-
vereine. Das geht natürlich nicht ohne Verdächtigung
der christlichen Gewerkschaften, resp. der kath. und evang.
Arbeiter. Graf Oppersdorff schreibt unter anderen:

„Das „Interkonfessionell“ der christlichen Gewerkschaften
aber ist jedenfalls etwas ganz anderes, etwas be-
sonderes. Dieses „interkonfessionell“ bedeutet, daß ein
jedes Mitglied, um ein echter Gewerkschaftler im
Glabbacher Sinne zu sein, bei der gemeinsamen
Arbeit etwas von dem Seinigen, d. h., von seiner
katholischen oder seiner evangelischen Glaubens-
lehre als aufgegeben oder wenigstens als zurück-
gestellt und gut verdeckt betrachten muß. Der
Protestant ein bißchen von seinem Glauben, der
Katholik so ein wenig von seiner Christenlehre,
damit sie dann beide nach dem kleinen Opfer vereint, im
M. Glabbacher Oberlichte des Kleinwirtschäftlichen und auf
dem wachsenden Boden einer „neuen allgemeinen
Christlichkeit“ allesamt erst ganz arbeitsfähig, wohlhabend
und zufrieden würden.“

Von dieser Neuerung und Zumutung — man könnte
trop einiger Proteste — von einer neuen Religion,
„Einigungsstolz-Schrey“ reden, ist bei den Bauern-
vereinen niemals und nirgends die Rede. Ich möchte den
evangelischen oder katholischen Bauern kennen lernen, der es
sich gefallen ließe, daß man ihm von Bauernvereins wegen
oder von anders woher auch nur von weitem zumute, er
müsse von seinem Glaubens- und Weltanschauungs-Inhalte
auch nur das geringste zurückstellen oder aufgeben. Die
Herren von Köln und München-Glabbach würden mit einem
solchen Versuche üble Erfahrungen bei den Bauern machen.“

Dann wird gesagt, die Bauernvereine schloffen auch
durchaus nicht die Behandlung sittlicher und religiöser
Fragen grundsätzlich aus, wohl aber seien sowohl die
Beratungsleitungen wie auch die Mitglieder befreit,
im Bauernvereinsleben „verfängliche Erörterungen
über die Unterscheidungslehren der Religionen“
immer zu verhüten. Das ist im Grunde genommen
dasselbe, was wir in den christlichen Gewerkschaften
durchgeführt haben. So heißt z. B. in unserem Statut
ausdrücklich: „Die Erörterung konfessioneller und
partei-politischer Fragen ist ausgeschlossen.“ Und
trotzdem bringt es der Herr Graf fertig, ein zweites-
mal seine Verdächtigung auszusprechen und zwar mit
folgenden Worten:

„Und endlich die „Interkonfessionalität“ der Bauern-
vereine und die der christlichen Gewerkschaften! Sie sind
gründlich von einander verschieden, diese zwei
Interkonfessionalitäten.“

Innerhalb der Gewerkschaft muß — nach den Lehren
ihres autoren probati — der Gewerkschaftler als solcher eine
„Reduktion“ der Weltanschauung, die ihn außerhalb
leitet, sich gefallen lassen; muß einen — übrigens unberechen-
baren — gewerkschaftlichen Wehrbeitrag auf sich
nehmen, den er aus seiner Weltanschauung zu
leisten hat, bevor er auf der noch niemals inhaltlich ab-
gegrenzten, von Evangelischen wie von Katholiken aber viel-
mals abgelehnten, „gemeinsamen christlichen Basis“ stehen
betrachtet wird. Eine Künstelei und Konfusion ohne
gleiches! Schließlich muß der Gewerkschaftler
auch noch einer Zerlegung seiner Person zustimmen
in einen reinwirtschaftlichen und in einen (oder
mehrere) andere Hälften.“

Im Bauernverein aber bleibt das evangelische oder das
katholische Mitglied hübsch beisammen und unzerlegt bei-
sammen. Ein jeder behält das Recht, sich auf seine Religion
und Weltanschauung frei und offen und überall zu berufen.
Niemand gebraucht eine Fiktion, um seine Pflichten gegen-
über dem Gewissen, dem Vaterland und dem Bauernverein
zu erfüllen. — Diese Unterschiede sind allesamt handgreiflich
und so beträchtlich, daß die schlaue Verufung auf die „inter-
konfessionellen“ „christlichen“ Bauernvereine zugunsten der
christlichen Gewerkschaftstheorie als verfehlt und abgetan
zurückzuweisen ist.“

Diese Ausführungen kennzeichnen die Kampfesweise
dieser Leute. Oppersdorffs Zeitschrift nennt sich „Klarheit
und Wahrheit“. Von beidem keine Spur! Mit Recht
bemerkte die „Köln. Volksztg.“ zu den Ausführungen des
Herrn Grafen:

„Diese ganze Gegenüberstellung von Bauernvereinen
und Gewerkschaften ist eine willkürliche Künstelei und
Tendenzmacheri. Es ist eine durch keine Tatsache
zu stützende Unwahrheit, daß die christlichen Ge-
werkschaften von ihren Mitgliedern verlangten, daß sie
von ihrer katholischen oder evangelischen Glaubenslehre
etwas als aufgegeben oder wenigstens als zurückgestellt
und gut verdeckt betrachten müssen. Niemand und
nirgends ist von einem christlichen Gewerkschaftsführer
so etwas verlangt worden. Die Antwort des Grafen
Oppersdorff entblößt hier eine Waffe, die von den Gegnern der christlichen Gewerkschaften
an gewissen Stellen gegen sie gebraucht worden
sein mag. Wenn Graf Oppersdorff sogar vor der deutschen
Öffentlichkeit, wo man die christlichen Gewerkschaften
kennt, solche Behauptungen gegen die christlichen Gewerkschaften
auszusprechen wagt, was mag aus den
Kreisen, die sich integral katholisch nennen,
erst an anderen Stellen außerhalb Deutsch-
lands an falschen Anklagen gegen die christlichen
Gewerkschaften und die ihnen an-
gehörigen katholischen Arbeiter zusammen-
getragen worden sein!“

Und noch eins ist in der oben wiedergegebenen An-
wort des Grafen Oppersdorff besonders charakteristisch.
Sie zeigt einen argen Mangel an Gerechtigkeit-
gefühl, sonst müßte Graf Oppersdorff fühlen, wie sehr
die katholischen Arbeiter herabsetzt und kränkt.
Das ist es ja gerade, was die katholischen Arbeiter so
verbittert, daß Graf Oppersdorff und Genossen sie
gewissermaßen unter eine besondere Polizeiaufsicht
stellen wollen, während sich von den Integralkatholiken
keiner darüber aufzuregen scheint, daß die Arbeitgeber,
die Industriellen, die Bauern, die Handwerker, die
Privat- und Staatsbeamten und die Gewerbetreibenden
in nichtkonfessionellen Organisationen sich zusammen-
tun, nicht einmal bloß zur Lösung wirtschaftlicher Aufgaben.
Graf Oppersdorff erklärt ja ausdrücklich in diesem Artikel:
„Man kann füglich nicht sagen, die Bauernvereine seien
statutenmäßig unpolitische Organisationen —, denn das

ist mißverständlich —; oder sie schloffen die Handlung
sittlicher und religiöser Fragen grundsätzlich aus —, denn
das ist unrichtig, oder sie beschränkten sich auf „rein
praktisch-wirtschaftliche Standesangelegenheiten“, denn
das ist wieder unrichtig und klingt wie M. Glabbacher
Gewerkschaftstheorie, wenn es auch bestimmt nicht so
gemeint ist.“

Wenn also der unter dem Präsidium des Grafen
Oppersdorff stehende Schleifische Bauernverein
trotz des nicht ganz unpolitischen Charakters und trotz
der Behandlung sittlicher und religiöser Fragen „allgemein“
christlich und interkonfessionell sein darf, warum nicht
auch die Gewerkschaften der Arbeiter, die ihr Tätig-
keitsgebiet nicht einmal so weit abstecken? Diese Frage
ist für jeden logisch denkenden Menschen auch jetzt noch
unbeantwortet geblieben. Was Graf Oppersdorff
in seiner Antwort für die christlichen Bauern-
vereine anführt, das gilt alles ohne Ausnahme
auch für die christlichen Gewerkschaften. Kein
Mensch kann billigerweise einen Unterschied zwischen den
beiden Organisationen machen und dem einen die christ-
liche Organisationsform erlauben, dem anderen sie ver-
bieten. Gegen diese Logik kann auch der Unbedingteste
der Unbedingten nicht an.“

Unwahrheiten und Verdächtigungen.

Der „Textilarbeiter“ beschäftigt sich in Nr. 46 mit unserem
Artikel, „Die Situation in Bocholt“. Der Artikel des
Textilarbeiters“ enthält fast keinen einzigen Satz, der der
Wahrheit entspricht. In einer am Freitag, den 14. cr.,
in Bocholt stattgefundenen Versammlung der Arbeiter-
ausschüsse wurde u. a. auch der Artikel zur Verlesung
gebracht. Die Arbeiterausschüßmitglieder verurteilten
einmütig und mit Abscheu die Haltung des „Textilarbeiters“.
Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung der Arbeiterausschüsse
hiesiger Textilbetriebe nimmt Kenntnis von dem Artikel
in Nr. 46 des „Textilarbeiter“, dem Organ des sozial-
demokratischen Textilarbeiterverbandes. Angesichts der
vielen Verleumdungen und direkten Unwahrheiten, die
der „Textilarbeiter“ über die Bocholter Bewegung ge-
bracht hat und anscheinend mit bewußter Absicht bringt,
erscheint es uns zwecklos, auf den verlogenen Artikel in
Nr. 46 des „Textilarbeiter“ näher einzugehen. Die
Ausschüsse beschränken sich deshalb darauf, zu erklären,
daß der Artikel in Nr. 44 des Organs des christlichen
Textilarbeiterverbandes, welcher die Grundlage der
sozialdemokratischen Angriffe bildet, der Wahrheit ent-
spricht und daß die Ausschüßmitglieder denselben Satz
für Satz unterschreiben können.“

Ein Wahrheitsapostel.

Wir kommen noch mit einigen Ausführungen auf
die Verleumdungen und Unwahrheiten zurück, welche
in Nr. 46 des „Textilarbeiter“ enthalten sind. Dies
geschieht aus dem Grunde, um auch unseren Mitgliedern
außerhalb Bocholts ein Bild von der Lügenmoral der
Genossen zu geben.

Der „Textilarbeiter“ faselt von 700 Austritten, die
unsere Ortsgruppe in Bocholt haben soll. Hier ist
zweifellos der Wunsch Vater des Gedankens. Die hiesigen
Genossen wünschen uns Austritte und arbeiten mit allen
Mitteln darauf hin. Bis heute ist aber die rote Wählererei
und Lügenkampagne ziemlich erfolglos gewesen. Die 700
Austritte existieren nur in der Phantasie der
Genossen. Zur Kennzeichnung der Methode des
„Textilarbeiter“ folgendes: Das rote Organ und eben-
falls die hiesigen Genossen, machen es genau so, wie die
Scharfmacher es machen. Auch diese behaupten nach
jeder Bewegung, es sei wenig erreicht oder die erreichten
Verbesserungen seien von selbst gekommen. Der „Textil-
arbeiter“ findet sich also in netter Gesellschaft.

Der christliche Verband soll nach Aussage der Genossen
nichts getan haben! Wer hat denn die Aussperrung
geführt, die umfangreichen Vorarbeiten z.
geleistet? Wer hat die vielen Fabrik-
besprechungen, in denen die Sachlage beraten
wurde, abgehalten? Vielleicht der „deutsche“ Verband?
Wer hat in den Versammlungen z. den Arbeiter-
ausschüssen die Richtlinien für die Verhandlungen
gegeben? Wer die Eingaben z. gemacht? Der „deutsche“
Verband? Oder vielleicht gar der „deutsche“ Berichterstatter
und Uebermittler der Unwahrheiten in Nr. 46 des „Textil-
arbeiter“? Nun, letzterer war sogar zu feige, nur den
Namen eines Arbeiterausschüßmitgliedes zu bekennen.
Außerhalb der Schußweite hat dieser Held ein sehr
großes Maul und entwickelt dort Mut, wo es nichts
kostet, aber vor dem Unternehmer die Interessen der
Gesamtheit zu vertreten, dafür ist er nicht zu haben. Dieser
Genosse arbeitet bei der Firma, von der er berichtet,
daß dort ein Lohnabzug, statt Erhöhung Platz gegriffen
habe. Aus lauter Mut nennt er auch deswegen den
Namen der Firma nicht. Was der „Wahrheitsapostel“
von der stattgefundenen Reduzierung z. sagt, ist von
A bis Z erlogen. Er weiß ganz genau, daß gerade
bei der Firma (Firma Herding A.G.) erhebliche
Lohnerhöhungen eingetreten sind. Er weiß ganz
genau, daß trotz der Umwandlung der Tagelöhne in
Stundenlöhne für fast sämtliche Tagelöhner eine
Erhöhung herausgekommen ist; vielfach Er-
höhungen von 30 Pfg. pro Tag usw. Er muß auch
wissen, daß seine Frau — pardon die Person, zu der er
in einem besonderen Verhältnis steht — die früher als
Rehefrau bei der Firma S. M. verdiente, keine Redu-
zierung, sondern eine Erhöhung bekommen hat.
Warum schweigt sich der „deutsche Held“ über die Loh-
erhöhung der Buntweber bei derselben Firma
vollständig aus? Warum lügt der Genosse, wenn statt
einer Erhöhung eine Reduzierung eingetreten ist, denn

andere Genossen nach der Firma? Warum prahlt er damit, daß er in zwei Wochen noch nicht unter 60 M. gearbeitet habe, wenn die Verhältnisse bei der Firma so schlecht sind? Ebenso unwahr schreibt der „deutsche“ Berichterstatter über die Verhältnisse bei der Firma Gebücker Schwarz. Und selbst, wenn in Wirklichkeit in zwei Fällen in bezug auf die Lohnbewegung ungünstigere Resultate zu verzeichnen wären, läßt das dann einen Schluß auf die Gesamtheit zu, bei den vielen Betrieben (60), bei all den vorhandenen Arbeitergruppen, Kategorien und Abteilungen? Aber die hiesigen Genossen können anscheinend nicht mehr anders, als nur mit Lügen und Verleumdungen arbeiten. Ihren Handlungen scheint auch zum großen Teil ihre Zusammensetzung zu entsprechen. Der „Textilarbeiter“ gibt in Nr. 46 insofern eine Probe davon, indem er folgende Bekanntmachung bringt:

„Vocholt Westf. Wer den Aufenthalt von Wenzel Worsket (Oesterreicher) kennt, wolle dessen Adresse dem Unterzeichneten zukommen lassen. W. ist von hier spurlos verschwunden und seine Familie leidet Not...“ Charakteristisch ist auch besonders für die Redaktion des „Textilarbeiter“ bzw. den Genossen Krähig, daß die Lügen der hiesigen Genossen nicht nur ohne weiteres übernommen, sondern noch besonders zurechtgehakt und frisiert werden. Krähig selbst gibt damit seinen Mitgliedern ein hervorragendes Beispiel der Wahrhaftigkeit!

Ein rotes Fündlein.

Dem „Textilarbeiter“ ist Heil widerfahren. Endlich glaubt er den Beweis für seine Behauptungen, daß in Vocholt eine große Mitgliederfluktuation vorhanden und daß wir bei der Aussperrung Unorganisierte unterstützten, erbracht zu haben.

Ein Schreiben, welches der Lokalbeamte Kollege Hecke in Vocholt an einen Ausgetretenen gerichtet hat, wird als Beweis vollständig abgedruckt. In Wirklichkeit beweist dieses Schreiben aber garnichts. Der „Textilarbeiter“ hat wiederholt behauptet, wir hätten in Vocholt mit Verbandsgeldern Unorganisierte unterstützt. Nun heißt es in dem Schreiben des Kollegen Hecke: „Kurz vor der Aussperrung sind Sie Mitglied unseres Verbandes geworden...“ Dieser Passus wird von dem „Textilarbeiter“ in Zeitdruck als Beweis angeführt. Man sollte aber meinen, es müßte dem „Textilarbeiter“ doch einleuchten, daß, wenn jemand vor der Aussperrung beitrifft, derselbe doch nicht mehr unorganisiert ist. Ein weiterer Satz, der aus dem Schreiben des Kollegen Hecke vom „Textilarbeiter“ als Beweis, natürlich fett gedruckt, herangezogen wird, lautet wie folgt: „... auch haben wir Sie unterstützt, trotzdem wir nach dem Statut dazu nicht verpflichtet waren.“ Nun, wenn wir bei außerordentlichen Anlässen mal über die Pflichtleistung des Statuts hinausgehen, brauchen wir uns doch bei den „Deutschen“ nicht erst die Genehmigung dazu zu holen. Gemäß dem Statut hat aber der Zentralvorstand das Recht, bei besonderen Anlässen und außerordentlichen Verhältnissen auch solchen Mitgliedern, die die Karenzzeit noch nicht bestanden haben, eine Unterstützung zu gewähren. In Vocholt war voll und ganz die Voraussetzung für die Anwendung dieser statutarisch festgelegten Bestimmung gegeben. Allerdings hat auch darüber unsere Verbandsleitung zu entscheiden und nicht der „Textilarbeiter“.

Im übrigen halten wir es für eine selbstverständliche Pflicht eines jeden Ortsgruppenvorsitzenden, danach zu trachten, austretende Mitglieder zu behalten; ebenso wie jeder Vorsitzende darauf bedacht sein wird, neue Mitglieder zu gewinnen. Wenn der „Textilarbeiter“ solche Selbstverständlichkeiten nicht verstehen kann, können wir ihm nicht helfen.

Indem wir nun auf den Ausgangspunkt unserer Ausführungen zurückkommen, können wir nur nochmals betonen, daß also der „Textilarbeiter“ bis heute nicht den Beweis dafür erbracht hat, daß wir Unorganisierte unterstützt haben. Wir haben den „Textilarbeiter“ vor längerer Zeit bereits gebeten, uns den Namen eines unterstützten Unorganisierten zu bringen. Bis jetzt hat er das nicht gekonnt. Er redet sich um die Sache herum und bringt weitere fabriizierte Lügen der roten Gesellschaft.

Der Zweck der Übung ist uns allerdings nicht unbekannt. Bei all dem Gasko, das der sozialdemokratische Textilarbeiterverband erlitten hat, erscheint ihm jedes Mittel recht, um die Augen seiner Mitglieder von seinen Mißerfolgen abzulenken. Da kommt es auf einige hundert Lügen und Verleumdungen nicht an. Es scheint, daß man sich im Lager des „deutschen“ Verbandes allmählich daran gewöhnt, nur von Haß und Lüge zu leben. Nun, wenn es den roten Herrschaften beliebt, sich immer in dem Morast der Lügen und Verleumdungen, der Verdächtigungen und Verdrehungen zu wälzen, dann nur weiter so. Wir legen uns nicht daneben.

Maschinen zum Anknüpfen der Webketten.

(Nachdruck nicht gestattet.)

etc. Die Arbeit des Andrehens der Webketten an die im Geschirr befindlichen Fadenreste wurde bis vor wenig Jahren ausschließlich mittels Hand erledigt. Diese Arbeit bedingt eine fortgesetzte Aufmerksamkeit des Arbeiters und nimmt das Gefühl und das Sehvermögen des Menschen in hohem Maße in Anspruch. Nun hat man jedoch eine Maschine hergestellt, welche das Anknüpfen der Webketten ermöglicht. Diese Maschine steht nun nicht mehr im Versuchsstadium, ist aber vielen Fachleuten der Weberei noch unbekannt und verdient, da sie sich praktisch bewährt hat, weiteren Kreisen bekannt

zu werden. Sie findet in der Hauptsache in Rohwebereien Verwendung, doch auch in Buntwebereien sind Maschinen dieser Art mit Erfolg im Betriebe.

Die Fäden der neu anzuknüpfenden Kette werden in einem feststehenden, und die der alten Kette (also die im Geschirr befindlichen Fadenreste) in einen beweglichen Rahmen eingespannt. Letzterer wird über erstgenannten Rahmen geschoben, sodaß beide Ketten parallel über einander zu liegen kommen. Der Knüpfmechanismus ergreift je einen oberen und einen unteren Faden mittels zweier Nadeln gleichzeitig und vereint sie zu einem Knoten. Die Maschine schaltet selbsttätig weiter und stellt bei Fadenbruch und bei Fertigstellung der Webkette selbsttätig ab. Der Knüpfmechanismus schaltet sich selbsttätig auf einem Untergestell weiter, was schiffenartig geschieht. Die Maschinenanlage besteht aus dem Knüpfmechanismus, aus zwei ein- und ausfahrbaren Kettenwagen, die zur Aufnahme der neuen Kette dienen, aus dem sogenannten Lader und der an einer Laufbahn befindlichen Fördervorrichtung und dem Kettenrahmen, welcher zur Aufnahme für Geschirr und Kettenrest dient. Man hat zwei Kettenwagen angeordnet, um Zeitverluste zu vermeiden und dadurch die Produktion zu vergrößern.

Beim Arbeiten auf der Maschine wird das Geschirr, in welchem sich der Rest der alten Kette befindet, auf dem Lader vorgerichtet. Dadurch werden die Kettenfäden in eine parallele Lage zu einander gebracht. Sodann wird das Geschirr in den über der Maschine hängenden Kettenrahmen eingelassen, welcher sich hin- und hergeschoben läßt. Die neue Kette wird in dem feststehenden Kettenrahmen gebracht, welcher auf dem eigentlichen Maschinenbrett angeordnet ist. Hierauf wird der Transporteur mit dem Geschirr über die neue Kette gezogen und der Knüpfmechanismus an die nun übereinander geordneten Ketten geführt. Durch Einschalten eines kleinen Elektromotors wird der Knüpfmechanismus in Bewegung gesetzt, und zwei mit feinen Nadeln ausgestattete Nadeln ergreifen je einen Faden von oben und unten und führen diese dem Knüpfmechanismus zu. Dieser verbindet sie zu einem fest angezogenen und kurz abgeschnittenen Knoten. Der Knüpfmechanismus schaltet sich selbsttätig durch beide Ketten hindurch und die Maschine knüpft ohne weitere Bedienung weiter, da sie bei Kettenfadenbruch selbst ausschaltet.

Während des Ganges der Maschine wird das nächste Geschirr auf dem Lader vorbereitet und die zu diesem gehörige Kette in das zweite Fahrgestell eingelegt. Die fertig angeknüpfte Kette wird sodann im Fahrgestell nach außen geschoben, und das andre Fahrgestell mit der nächsten Kette an die Maschine herangeschoben. Das Geschirr wird ebenfalls herangeführt und die Arbeit der Maschine beginnt von neuem.

Die mittels der Maschine hergestellten Knoten sind fest und halten dem Ueberziehen der Schäfte und des Blattes stand. Das Abteilen der Fäden geschieht in der Weise, daß ein Doppelhebel von der Hauptachse aus zwei horizontal angeordnete Hebelarme abwechselnd gegen- und auseinander bewegt. Die Abstechnadeln sind beweglich in Form eines Doppelhebels gelagert und beschreiben beim Gegeneinandergehen der beiden Hebel eine eigene Einwärtsbewegung. Sie sind mit feinen gegen die Kettenfäden gerichteten Haken versehen und nehmen beim Rückgang je einen Kettenfaden mit. Die von den Abstechnadeln erfaßten Fäden werden auf dem beweglichen Abteilsschlitten dem Knüpfapparat zugeführt und ein am Schlitten befindliches Messer schneidet die abgetrennten Fäden ab. Der Schnabel des Knotenmachers ergreift die Fäden in einer bestimmten Stellung und knüpft einen festen Knoten, welcher durch die Einwirkung einer Rollen Scheibe fest zusammengezogen wird. Es geschieht dies, während die Fäden vom Schnabel des Knotenmachers noch festgehalten werden. Der fertige Knoten wird dann mittels einer Gabel aus der Bahn geschoben und die abgeschnittenen kurzen Fadenenden werden mittels der Einwirkung eines Ventilators in einen Sammler geleitet. Dieser entleert sich nach jeder Kette automatisch. Das Abstellen der Maschine beim Fehlen eines Fadens wird durch die Straucher bewirkt. Es sind das zwei kleine Fadengabeln mit „Nasen“, welche in der Wegerichtung des Schlittens angeordnet und voneinander unabhängig beweglich sind. Sie werden mittels eines Federchens auseinander gedrückt. Führen die im Kettenrahmen noch eingespannten Fäden, welche durch die Abstechnadeln gehalten werden, darüber, so werden die Gabeln aus der Bahn des Schlittens gedrückt und der letztere kann passieren. Sobald jedoch einer der beiden Kettenfäden fehlt, schnell die betreffende Gabel infolge des Fadenbruchs in die Bahn des Schlittens. Dadurch wird der Letztere in seiner Einwärtsbewegung aufgehalten und ausgeluppelt. Der übrige Mechanismus läuft weiter, und die Abstechnadeln schwingen zurück und suchen von neuem den Faden zu erfassen. Erst wenn mehrere solcher Versuche vergeblich ausfallen, stellt die Maschine selbsttätig ab. Infolge dieser Vorrichtung kann die Maschine nur weitergehen, wenn ein oberer und ein unterer Faden erfaßt sind.

Der Knotenmacher kann 250 Knoten in der Minute machen. Demzufolge ist die Maschine für Rohwebereien, welche Waren mit wenigen Schäften arbeiten, von großer Bedeutung.

Keiner kann in leichtem Spiel dieses Lebens Preis erjagen; fest ins Auge faßt dein Ziel, bis die Pulse höher schlagen, und sich dir an Fuß und Hand wieder straff die Sehne spannt.

J. Sturm.

Allgemeine Rundschau.

Das neue Jahrbuch. Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften ist vielen unserer Mitglieder ein Freund und Lehrer geworden, den sie immer gerne willkommen heißen. Eben ist der Jahrgang für 1914 erschienen. Er kann sich den früher erschienenen Bänden ebenbürtig an die Seite stellen. Das Generalsekretariat hat auf die Ausgestaltung, wie immer, wieder große Sorgfalt verwendet.

Der „Geschichtskalender“ faßt die wichtigsten Daten und Begebenheiten der christlichen Gewerkschaften in zeitlicher Aufeinanderfolge kurz zusammen und bildet so eine ausgezeichnete Uebersicht und Orientierung. Der Artikel: „Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912“ gibt nicht bloß eine Uebersicht über den Stand und die Entwicklung unserer Bewegung im Berichtsjahre, sondern bringt auch gut geordnete Tabellen über die Mitgliederentwicklung, das Kassentwesen, die Streiks und Erfolge der christlichen Gewerkschaften seit 1903. So hat man in dem Büchlein die wichtigsten Zahlen gleich und leicht bei der Hand. Der folgende Artikel zeigt die soziale und berufliche Gliederung des deutschen Volkes. Das außerordentlich interessante und lehrreiche Zahlenwerk gewinnt für den Leser vor allem an Bedeutung durch die Schlussfolgerungen, die der Verfasser des Artikels aus den Verschiebungen, die innerhalb des beruflichen Aufbaues unseres Arbeiterstandes sich im Laufe der letzten 12 Jahre, von 1895 bis 1907, vollzogen haben, herzuleiten weiß und die schließlich in ein entschiedenes Bekenntnis für die Fortführung unserer Sozialpolitik ausklingen. Der Artikel über die Wohnungsfrage führt uns ein in eine der brennendsten Fragen der Gegenwart. Die christlich organisierte Arbeiterchaft hat auf diesem Gebiete noch sehr viel zu tun.

Der Artikel über die Ausbaumöglichkeiten der Krankenkassen ist zwar in erster Linie für die in den Organen der Krankenkassen tätigen Kollegen bestimmt, aber auch alle anderen Leser werden viele Anregungen aus ihm schöpfen können. Insbesondere manche Krankenkassenvorstands- und Ausschussmitglieder von der übrigen Arbeiterchaft auf den Weg der Reformen gedrängt werden wollen. Daß in dem neuen Jahrbuch auch der Volksversicherung gedacht ist, liegt nahe, weil wir es hier mit einem Gebiete zu tun haben, das zu bearbeiten die christlichen Gewerkschaften erst in jüngster Zeit gezwungen wurden.

Dann folgen zwei Aufsätze, die mitten in das eigentliche gewerkschaftliche Organisationsleben hineinführen. Der erste gibt eine Fülle von Gedanken und Anregungen dafür, wie das Versammlungs-wesen in unseren christlichen Gewerkschaften gebessert und damit neues Leben in unsere Bewegung gebracht werden kann. Unsere Vorstandsmitglieder sollten diesen Artikel immer wieder lesen und — danach handeln. „Gewerkschaftler, Presse und Gewerkschafts-presse“ lautet der folgende Artikel. Wer wollte behaupten, daß dieses Gebiet nicht einer besonderen Pflege bedürftig sei? Wissen alle unsere Mitglieder den Wert ihrer Gewerkschafts-presse genügend zu würdigen? Verstehen sie es alle, das in der Gewerkschafts-presse Gebotene richtig zu bewerten? Nein, entschieden nicht. Wer den Artikel im neuen Jahrbuch mit Bedacht liest, wird in Zukunft sein Verbandsblatt mit ganz anderen Augen ansehen, als er es bisher getan hat.

Der letzte Teil des Jahrbuches bringt eine Uebersicht über die Ergebnisse der Reichsgesetzgebung im Jahre 1913, ferner Lohn Tabellen zur Berechnung des Stundenlohnes, Rat schläge für Organisationsleiter und Vereinskassen, mit Vorbrud versehenen Blätter zur Einzeichnung des Lohnes, der Kranken- und Arbeitslostage und der Ausgaben für den Lebensunterhalt. Ein Notizkalender und endlich ein Adressenverzeichnis der christlichen Gewerkschaften bilden den Schluß des reichhaltigen Büchleins.

Mögen recht viele Mitglieder recht oft darnach greifen.

Wie lernen wir aus der Gewerkschafts-presse? Das neue Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften gibt in einem lehrreichen Aufsätze eine Uebersicht über die Bedeutung, den Charakter und die Aufgaben der Gewerkschafts-presse und wirft dabei die Frage auf, wie man das Gelesene erhalte und verwerte. Nicht was man lese, sondern das, was man im Kopfe behalte, befähige, der Gewerkschaftsbewegung geistig zu dienen. Darum müsse das Zeitunglesen auch gelernt sein.

Bei der Lektüre des Gewerkschaftsblattes hüte man sich, wie bei der Zeitungslektüre überhaupt, vor dem verberblichen Fehler, in den so viele Leser fallen, einen Artikel bloß anzulesen und dann sofort auf einen anderen überzuspringen. Das ermüdet nur Augen und Nerven, nützt aber dem Leser nichts. Wer sein Blatt mit Nutzen lesen will, der gehe vielmehr Artikel für Artikel und Notiz um Notiz durch, alle Tage vielleicht nur am Abend ein halbes Stündchen, am Samstag aber das doppelte. Wer mitreden will in den großen Fragen der christlichen Gewerkschaftsbewegung und des Organisationslebens überhaupt, der lese mit dem Bleistift in der Hand, um wichtige Artikel sofort kenntlich zu machen, sie später auszuschneiden und sammeln zu können. Wer bloß liest, aber nicht sammelt, unterscheidet sich von dem, der liest und gleichzeitig für seine Stoffsammlung Ausschritte auf die Seite legt, wie der Schmetterling von der Biene. Beide fliegen umher von Blume zu Blume und besuchen die gleichen duftenden Kräuter und holen sich aus den gleichen Gärten und Auen ihre Nahrung. Der Schmetterling trägt aber nichts heim, während die Biene in ihren Waben mit unermüdlicher Pünktlichkeit den köstlichen Honig und das nuzbringende Wachs bereitet

und mit der Sorge für das eigene Bedürfnis hundertfachen Nutzen für den Menschen zu schaffen weiß.

Dazu kommt noch ein Weiteres. Der strebsame Gewerkschafter wird es sich nicht damit genug sein lassen, daß er eifrig sein Verbandsblatt liest, daß er sich aus dem Ständesorgan, das er als Mitglied des konfessionellen Arbeitervereins erhält, Anregungen bekommt und daß er aus dem Tagesblatte seiner politischen Partei sich über den Verlauf der politischen Bewegung unterrichtet. Der zielstrebige Gewerkschafter darf sich nicht mit noch so eifriger Zeitungslektüre zufriedengeben. Er muß über der geistigen Verbauung, den sozialen Unterrichtskursus, den Weg auch in die Bibliothek über in die Parteibibliothek finden und deren soziale Literatur sich zum geistigen Eigentum zu machen versuchen. Ja, er soll darüber hinaus auch zum mindesten eine, wenn auch bescheidene eigene sozialpolitische Hausbibliothek besitzen. Dann wird er ganz seinen Mann stellen und so ausgerüstet inszenieren, in den Werkstätten und auf den Arbeitsplätzen mit dem Gegner die Waffen des Geistes kreuzen zu können."

Wohnungsfürsorge und Kinderreichtum. Unter dieser Ueberschrift schreibt man uns: Auf der Tagung des Rheinischen Vereins für Kleinwohnungswesen, die am 16. November in Düsseldorf stattfand, wies der Beigeordnete der Stadt Essen, Herr Rath, auf einen besonders wichtigen Punkt der gemeinnützigen Wohnungspflege hin. Man habe in Essen die Erfahrung gemacht, daß kinderreiche Familien in durchaus ungeeigneten und ungesunden Wohnungen untergebracht seien. Hier müsse die gemeinnützige Wohnungspflege einsehen, da man doch den Kinderreichtum in Deutschland als nationales und volkswirtschaftliches Moment pflegen solle. Grundförmlich sei es schwierig, einer Familie einen Mietzuschuß zu geben, damit sie sich eine größere Wohnung nehmen könne. Ein Ausweg wäre es, wenn die Gemeinden selbst große Häuser und Wohnungen mit dem notwendigen Raum für solche Familien bauen könnten. Auf der anderen Seite müsse die Bürgerschaft für diesen Gedanken angeregt werden, besonders für einen Wohnungshilfsverein, der wirksam eingreifen könnte.

Das ist ein sehr wunder Punkt in unserem ganzen Wohnungswesen. Das Einkommen der kleinen Leute reicht bei größerer Kinderzahl nicht aus, eine entsprechende Wohnung zu mieten. Der Privatwohnungsbau, der in erster Linie auf gute Bewohnung des Hauses und auf Rentabilität steht, versagt hier vollständig. Unsere gemeinnützigen Bauvereine aber haben in den Großstädten im allgemeinen diesem Gebiete auch nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Die Verwaltungen der großstädtischen Gemeinwesen aber — von Ausnahmen abgesehen — noch viel weniger. Sie sind aber noch viel eher wie die privaten Bauvereine in der Lage, hier helfend einzugreifen. Das wird allerdings in vielen Städten nur mehr möglich sein, wenn dauernde, erhebliche Zuschüsse seitens der Stadt und baupolizeiliche Erleichterungen gewährt werden.

Jedoch ist die Frage der Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Arbeiterfamilien nicht nur eine finanzielle, sondern auch in sehr erheblichem Maße eine Frage der öffentlichen Moral. In vielen Fällen vermag die kinderreiche Familie selbst dann keine gute Wohnung zu bekommen, wenn sie die übliche Miete wohl bezahlen kann,

als pünktliche Mietzahlerin bekannt und selbst bereit ist, für größere Abnutzung etwas pro Monat mehr zu geben. Mit Rücksicht auf die Miethöhener des Hauses und die Nachbarn lehnt der Eigentümer eine Familie mit größerer Kinderzahl ab. Das „Ansehen des Hauses“ leidet, wenn viele Kinder da sind, denn viele Kinder zu haben ist nicht mehr „fein“. Diese unmoralische Auffassung und Rücksichtslosigkeit trifft man leider Gottes heute selbst vielfach in solchen Kreisen an, von denen man das ihrer ganzen Stellung nach nicht erwarten sollte und die sich auf ihre religiöse und nationale Gesinnung manches zugute tun. Schreiber dieses hat wiederholt die Erfahrung machen können, daß gut gekleidete Arbeiter oder kleine Beamtenfamilien gezwungen waren, in Wohnungen und Wohnviertel zu ziehen, die ihrem Geschmac durchaus nicht entsprachen. Die Presse sowohl als auch die kirchlichen und öffentlichen Organe müßten viel entschiedener gegen die hier gekennzeichnete Unmoral, die sich in immer weitere Kreise einfrisst, Stellung nehmen.

Die Lohnverhältnisse in der englischen Textilindustrie. Wenn die deutschen Textilindustriellen so oft betonen, daß sie infolge der Belastung durch die soziale Versicherungsgefeßgebung auf dem Weltmarkt kaum noch zu konkurrieren vermöchten und namentlich gegenüber der englischen Industrie, die eine solche Belastung nicht kenne, einen schwierigen Stand habe, dann darf man doch wohl darauf hinweisen, daß zwar die englische Textilindustrie nicht in demselben Umfang wie in Deutschland Versicherungsbeiträge aufzubringen haben, jedoch auch ganz erheblich höhere Durchschnittslöhne als die deutsche zahlt. Nach den neuesten Erhebungen betrug der durchschnittliche Wochenlohn der englischen Textilarbeiter im Jahre 1911 nach deutschem Gelde:

	Erwachsene		Jugendliche	
	Männer	Frauen	Arbeiter	Arbeiterinnen
Baumwollindustrie	30,28	18,68	11,85	10,40
Wollindustrie	27,80	14,87	9,15	8,58
Leinenindustrie	28,10	11,05	7,90	6,60
Juteindustrie	22,40	18,85	11,80	9,95
Seidenindustrie	25,88	11,50	8,30	6,52
Wirkwarenindustrie	31,90	14,68	9,75	7,95
Spigenindustrie	40,68	18,85	18,00	7,80
Anderer Textilzweig	24,78	11,07	9,95	8,34

Die Uebersicht zeigt, daß in den meisten Branchen der Textilindustrie wenigstens die Männer in England bedeutend besser bezahlt werden als in Deutschland. Bezüglich der Löhne für Frauen und Jugendliche mag das allerdings nicht so allgemein zutreffen, der Vergleich ist allerdings deshalb schwierig, weil bei den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die Altersklassen nicht angegeben sind.

Im ganzen wird der englische Textilarbeiter weit besser entlohnt als der deutsche. Sein Einkommen ist in einigen Branchen fast um das Doppelte höher als das seines deutschen Kollegen. Dabei muß besonders hervorgehoben werden, daß in der englischen Textilindustrie der 9 1/2 stündige Arbeitstag und der freie Samstagnachmittag üblich ist.

Untaugliche Mittel. Die Sozialdemokratie muß manchen Kreisen als Vorwand dienen, um einen intensiven Kampf gegen jede selbständige Arbeiterbewegung zu führen. Die Sozialdemokratie nennt man, aber die

Arbeiterbewegung meint man. Kürzlich ging eine Korrespondenzartikel durch die Scharfmacherpresse, worin an Hand der Streikattitüde der sozialdemokratischen Verbände die Gewerkschaften im allgemeinen heruntergerissen wurden. Der Artikel, der den Geist des Reichsverbandes zur Belämpfung der Sozialdemokratie atmet, hat auch in der Norddeutschen Allgemeinen (Nr. 241, 1913) Aufnahme gefunden. Tendenz der Ausführungen: Seht die Verwerflichkeit und Schädlichkeit des gewerkschaftlichen Streiksystems! Vernünftiger ist es, sich mit den Unternehmern friedlich zu vertragen! Mit anderen Worten: statt selbständige Gewerkschaftsbewegung gelbe Wertvereine.

Ähnlich wie mit dem Streikwauwau treiben es auch bürgerliche Blätter mit dem alten abgenutzten Agitations-schlager von den „wohlhabigen Gewerkschaftsbeamten, die von den Arbeitergroßen leben.“ In einem solchen, kürzlich veröffentlichten Artikel war von „gutstuierten Gewerkschaftsführern“ die Rede, „die blick und fett geworden, die eine sichere Existenz, aber wenig Verantwortungsgefühl“ hätten, usw.

„Daß solcher Unsinn, so schreibt zutreffend die „Östdeutsche Arbeiterzeitung“ (Nr. 43, 1913), selbst von angesehenen Zentrumsblättern abgedruckt wurde, ist tief beschämend. Denn von all den aufgestellten Behauptungen entspricht auch nicht eine den Tatsachen. Und gerade die Zentrumspresse hätte es am allerwenigsten notwendig, mit solchen Mitteln die Sozialdemokratie zu belämpfen. Auch dem Gegner gegenüber sollte man nicht ungerecht und gehässig werden. Wer vom Gewerkschaftsweien auch nur ein klein bißchen Ahnung hat, weiß, daß das Risiko und die Verantwortung eines Gewerkschaftsführers so groß sind, wie in kaum einem anderen Berufe. . . . Wenn der Verfasser des angeführten Artikels wüßte, wie sehr er mit seinen Ausführungen eine wirkliche Belämpfung der Sozialdemokratie erschwert, dann werde er in Zukunft seine Finger davon lassen. Der gute Wille allein genügt zur Belämpfung der Sozialdemokratie noch nicht.“

Fleischproduktion und Fleischverbrauch. Die inländische Fleischproduktion vermag die Bedürfnisse des Konsums längst nicht mehr zu befriedigen. Wir haben darum mit einer chronischen Fleischteuerung zu rechnen, solange nicht durch Erleichterung der Vieh- und Fleischzufuhr die Spannung gemildert wird. Selbst die Schweinemast ist in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Nach dem statistischen Jahrbuch betrug der Bestand an Vieh nach der Zählung vom

	Rindvieh	Schweine	Schafe
2. Dezember 1907	20 630 544	22 146 532	1 703 110
2. Dezember 1912	20 158 738	21 885 073	5 787 848

Also nicht nur kein Schritt halten mit dem Ansteigen der Bevölkerungsziffer, sondern sogar noch ein erheblicher absoluter Rückgang in allen Vieharten. Dieser Rückgang hat auch in den letzten Jahren angehalten. Die Schweinezahl vom 1. Juni 1913 in Preußen, die Schlüsse auf die Verhältnisse im ganzen Reich zulaßt, ergab folgendes: Es waren in Preußen Schweine vorhanden: am 1. Dezember 1911 17 244 855, am 2. Dezember 1912 15 452 951 und am 2. Juni 1913 15 441 346.

Nun kommt es aber nicht allein auf die Zahl, sondern vor allem auf das Gewicht des zum Schlachten reifen Viehs an. Und auch in der Beziehung ein ständiger

Uebervunden.

Ein Tischgespräch von Fritz A.

Es ist Sonntag-Vormittag. Die Gewerkschaftsversammlung ist beendet. In überzeugender Weise hatte der Referent die Notwendigkeit der christlichen Vereinigung dargelegt und dabei nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß es von der größten Wichtigkeit sei, die jugendliche Jugend der Organisation zuzuführen. Nachdenkend geht ein Vertrauensmann seiner Behauptung zu. Hat der Referent nicht gesagt, die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner müßten mit gutem Beispiele vorangehen? Und doch hatte auch er es unterlassen, seine beiden erwerbstätigen Kinder, die stille, sitzame 17-jährige Anna und den lebhaften, übermütigen 15-jährigen Fritz, der Gewerkschaft zuzuführen. Allerdings sagte er sich in stillem Nachgrübeln, daß dieses hauptsächlich dem Widerstande seiner besseren Ehehälfte zuzuschreiben sei.

Er kommt seiner Behauptung näher. Mit einem energischen Ruck wirft er den Kopf in den Nacken und ein fester Entschluß leuchtet aus seinen Augen. Mit kräftigem Druck öffnet er die Tür. Hürte Schritte erschallen auf den Steinfliesen. Mit freudlichem Gruße wird er von Frau und Kindern empfangen. Er entledigt sich seines Gutes und Rockes und wirft sich behaglich in einen Sessel. Bald werden die Speisen aufgetragen, jedoch will diesen Abend die Unterhaltung nicht in Fluß kommen. Die Kinder schauen verwundert auf Vater und Mutter. Es wird der Mutter unbehaglich. Ihr Mann ist doch heute so ganz anders als sonst. Und um nur etwas zu sagen, fragt sie, was es auf der Versammlung gegeben habe.

Da laut der Mann auf. Er erzählt von den überzeugenden Worten des Referenten. Er erzählt von dem verantwortungsvollen Posten eines Vertrauensmannes. Er sagt aber auch, daß Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner in erster Linie ihre Kinder der Organisation zuführen müßten. Düstere Schatten lagerten sich über das Gesicht seiner sonst so freundlichen Ehehälfte. Stillschweigend schaut sie vor sich hin. Aber plötzlich plagt sie heraus: „Die Organisation ist für die Erwachsenen unbedingt notwendig, aber nur für die Er-

wachsenen; für Kinder ist es nichts; es genügt vollständig, daß du darin bist.“

Auf diesen Einwand war der Mann gefaßt. Er hatte sich seine Antwort schon vorher zurecht gelegt. „Liebe Frau“, sagt er, „du weißt, daß wir in unserer Gewerkschaft unsere Rechte erkämpfen wollen, du weißt, daß wir uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen wollen, du weißt auch, daß es hierzu der Anspannung aller verfügbaren Kräfte bedarf. Und dennoch willst du, daß deine Kinder zu Gegnern der Sache ihres eigenen Vaters werden; dein eigen Fleisch und Blut soll dem Vater bei seinen Bestrebungen hinderlich sein. Denke an das Schauspiel, wenn es nötig wäre, in einen Streik einzutreten oder wenn mal ausgesperrt würde. Denke daran, daß dann dein Mann, der Vater im Kampf stände und daß seine eigenen Kinder mithelfen würden, ihren eigenen Vater niederzurufen.“

Hierüber leicht hinweggehend erwidert die Frau: „Dazu kommt es hier doch niemals.“

Mit bitterem Ernste antwortete dann der Mann: „Denkst du nicht an die große Aussperrung 1911 im Münsterlande, denkst du nicht an die kürzlich beendete Aussperrung in Bocholt. Auch dort haben hunderte so gedacht wie du, und sie ist doch gekommen. Wächstest du denn wirklich, daß unsere Kinder sich in Gegensatz zu ihrem Vater stellen; sollen sie arbeiten gehen, während ihr Vater von der Arbeit ausgeschlossen ist?“

„Das ist alles gut und schön, aber aber, die hohen Beiträge“, kam es zögernd von den Lippen der Frau.

Hell lachte der Mann auf: „Die Beiträge sagt du; mach ich nicht allwöchentlich die Erfahrung als Vertrauensmann, daß gerade diejenigen Mitglieder, die den Beitrag am schlechtesten entbezahlen können, die besten Bezahler sind? Und auch du hast niemals über hohe Beiträge geklagt, als wir noch allein auf meinen Verdienst angewiesen waren; nein, im Gegenteil, du sagtest stets, es muß so sein; und jetzt, nachdem schon zwei Kinder verdienen helfen, willst du von hohen Beiträgen sprechen. Unsere Kinder verdienen doch wahrhaftig mehr als den Gewerkschaftsbeitrag. Und hat nicht unser Textilarbeiterverband eine extra niedrige Beitragsklasse für jugendliche Mitglieder eingeführt?“

Im ja, machte die Frau, und zögernd und feufzend meinte sie nach eintigem Nachdenken: „Steh doch nur

unsere Kinder an, sollen sie denn schon in diesem zarten Alter in den Strudel des Gewerkschaftslebens hineingezogen werden? Sie sind ja kaum den Kinderschuhen entwachsen.“

„Liebe Frau, diesen Einwurf hätte ich von dir nicht erwartet, denn du kennst zu gut das Sprichwort: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.“ Und verfährt nicht auch unser Gegner, die Sozialdemokratie, nach diesem Sprichwort? Will sie nicht schon die kaum der Schule entlassene Jugend mit ihrem revolutionären und religiösfeindlichen Geiste verfeuchen? Wie schrieb doch die, bedenke es wohl, heute schon 85 000 Abonnenten aufweisende sozialdemokratische „Arbeiter-Jugend“?“

„Wir haben keinen Vater im Himmel, Sei mit Dir im reinen, man muß aushalten im Weltgetümmel“

Auch ohne das, Was ich alles las Bei gläubigen Philosophen, Lacht keinen Hund vom Ofen.“

Ist nicht auf dem internationalen Sozialistkongreß zu Kopenhagen in Bezug auf die Jugendbewegung gesagt worden, daß es die Aufgabe der Jugendbewegung sei, die Arbeiterjugend für den Klassenkampf zu erziehen? Arbeiten die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht in diesem Sinne außerst rührig?

Und alledem sollen wir untätig gegenüber stehen? Nein, niemals, wir als christliche Arbeiter müssen dafür Sorge tragen, daß die christliche Jugend dauernd uns gehört. In den christlichen Gewerkschaften sollen sie sich betätigen. Dahinein gehören die erwerbstätigen jungen Leute. Die Vorstands- und Vertrauensmänner müssen bezgl. der gewerkschaftlichen Organisation ihrer Kinder mit gutem Beispiele vorangehen. —

Still, ganz still ist es im Zimmer geworden; Messer, Gabel und Löffel haben schon längst ihre Tätigkeit eingestellt. Die Kinder blicken erwartungsvoll abwechselnd auf Vater und Mutter.

Da erhebt sich die Mutter, reicht dem erstaunt aufblickenden Gatten die Hand und sagt: „Du hast recht!“ Der Textilarbeiterverband hatte zwei jugendliche Mitglieder gewonnen.

Rückgang in allen Viehsorten. An den 40 deutschen Schlachtmärkten, für die eine fortlaufende Statistik vorliegt, betrug das Angebot von Vieh im Monat Oktober der Jahre 1911 bis 1913 in Millionen Kilogramm:

	1911	1912	1913
Rinder	30,16	25,88	26,80
Kälber	4,16	3,64	3,82
Schafe	2,06	2,20	1,98
Schweine	47,79	41,39	42,03

Der Gesamtantrieb stellte sich also im Oktober dieses Jahres auf 74,63 Millionen Kilogramm gegen 73,11 Millionen Kilogramm im Vergleichsmonat 1912 und 84,17 Millionen Kilogramm im Oktober 1911.

Die durch den Mangel an Vieh erzeugte Preissteigerung beeinträchtigt naturgemäß den Verbrauch. An den genannten 40 Plätzen wurden geschlachtet in Millionen Kilo:

	1911	1912	1913
Rinder	19,12	15,78	15,59
Kälber	3,74	3,30	3,44
Schafe	1,84	1,79	1,60
Schweine	35,83	30,87	31,56

Noch schärfer litt der Rückgang des Fleischverbrauchs in die Erscheinung, wenn man den Konsum auf den Kopf der Bevölkerung verrechnet. Auf Grund der Ziffern über die Schlachtmärkte und Fleischbeschau sowie Ein- und Ausfuhr von Fleisch berechnete sich der Fleischverbrauch im dritten Quartal der Jahre 1909 bis 1913 wie folgt:

	in Tonnen	in Kilogramm
1909	629 011	9,86
1910	629 578	9,72
1911	658 409	10,06
1912	636 490	9,60
1913	638 185	9,50

Der Verbrauch der wichtigsten Fleischsorten betrug im dritten Quartal der Jahre 1909 bis 1913 pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm:

	1909	1910	1911	1912	1913
Rindfleisch	4,24	3,97	3,76	3,59	3,56
Kalb- und Hammelfleisch	0,82	0,66	0,70	0,61	0,58
Schweinefleisch	4,51	4,81	5,35	5,14	5,12
Hammelfleisch	0,28	0,27	0,24	0,25	0,23
Gebratenes Fleisch	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01

Bemerkenswert ist, daß die Schlachtungen von Pferden und Hunden im dritten Quartal außerordentlich hohe Ziffern erreichten.

Das sind doch außerordentlich bedenkliche Tatsachen, die einen großen Mangel der Versorgung des deutschen Volkes mit den notwendigen Nahrungsmitteln aufdecken. Selbst ein so gemäßigtes und vorsichtig urteilendes Blatt wie die „Kölnische Volkszeitung“ sagt in ihrer Nummer vom 16. November, die statistischen Angaben über die Schlachtmärkte und Fleischbeschau im Deutschen Reich verdrängten sich immer mehr zu einer wuchtigen Anklage gegen die Gleichgültigkeit und Freivoluntät, mit der die für unsere Wirtschaftspolitik verantwortlichen Stellen der ganzen Teuerungssfrage gegenübertraten. Um die Deffektivität zu beschwichtigen, stelle man langwierige theoretische Untersuchungen über die Ursachen der Fleischteuerung an, denen jeglicher Wert abzuspüren sei, weil der Wille fehle, aus den Ergebnissen einer solchen Enquete die logischen Konsequenzen für die praktische Wirtschaftspolitik zu ziehen. Während unsre um das Staatswohl in dieser Weise besorgten amtlichen Stellen die Hände in den Schoß legen, gehe der Fleischkonsum unter dem Druck der hohen Preise immer mehr zurück. Die national gesinnte Arbeiterschaft muß ohne Unterschied der religiösen und politischen Anschauung einhellig ihre Stimme erheben und Abhilfe fordern.

Gegen die Arbeitslosenversicherung. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat sich gegen eine öffentliche Arbeitslosenversicherung ausgesprochen. Sie sei unberechtigt und unbegründet weil:

1. von einer Arbeitslosigkeit als Gesamterscheinung in Deutschland überhaupt nicht gesprochen werden kann; 2. der Umfang vereinzelt auftretender Arbeitslosigkeit nicht entfernt so groß ist, wie gemeinhin angenommen zu werden pflegt; 3. der Nachweis unverschuldeter Arbeitslosigkeit nicht in der erforderlichen Weise zu erbringen und somit 4. die Grundlage jeder Versicherung, eine zuverlässige Statistik, nicht zu beschaffen ist.

Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände befürchtet ferner, daß eine Arbeitslosenversicherung die Steigerung der Produktion erheblich erschweren würde. Das Unternehmertum vermöchte eine weitere Belastung nicht zu ertragen. Die Vereinigung warnt dann „auf das Nachdrücklichste vor den für die Volkswirtschaft verhängnisvollen Folgen, die aus einer Ueberspannung des Versicherungsgedankens und einer immer weitergehenden Veränderung der Selbstverantwortlichkeit sich ergeben“. Besonders wendet sich die Vereinigung entschieden gegen das Genter System, weil es die Kampforganisation der Arbeiter fördere.

Das sind zum Teil die alten, längstbekannten und längst als unhaltbar erwiesenen Bedenken, die hier gegen eine Arbeitslosenversicherung ins Feld geführt werden.

Alle hier vorgebrachten Punkte sagen nichts gegen die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung. Wenn die Unternehmer keine durchschlagenden Gründe gegen eine Arbeitslosenversicherung vorzubringen vermögen, dann steht es schlecht um ihre Sache.

Auch das Handwerk macht gegen die Arbeitslosenversicherung mobil. So hat die Düsseldorf Handwerkskammer sich öffentlich gegen die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung gewandt. Sie will das Arbeitslosenproblem durch Notstandsarbeiten und Ausbau des Arbeitsnachweises lösen. Daß Notstandsarbeiten ein ziemlich schlechtes Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit sind und auch nur als Notbehelf dienen können, haben mittlerweile alle größeren Städte

erfahren, die Notstandsarbeiten verrichten ließen. Aber das braucht ja eine Handwerkskammer nicht zu wissen. Die Düsseldorf Handwerkskammer hat auch die wunderbare Entdeckung gemacht, daß eine Arbeitslosigkeit überhaupt nicht bestände, vielmehr sei in Düsseldorf ein Mangel an Handwerksgehilfen zu verzeichnen. Ueber diese Feststellung haben nicht bloß die Arbeiter den Kopf geschüttelt, sie hat auch in Handwerkskreisen selber im höchsten Maße Verwunderung ausgelöst. Die Handwerksmeister klagen nicht minder über den großen Arbeitsmangel als die Arbeiter. Daß eine ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit besteht, beweisen folgende Zahlen aus Düsseldorf: Die Zahl der in den Düsseldorf Krankenklassen versicherten männlichen Personen sank von Mai 1913 bis September 1913 um 2492.

Von Mai 1912 bis September 1913 verloren die Düsseldorf Krankenklassen 2305 Mitglieder. Dieser Rückgang erscheint aber erst in seiner ganzen Tragweite, wenn man ihn im Verhältnis zur Bevölkerungsbewegung der Stadt betrachtet. Düsseldorf hat alljährlich einen natürlichen Zuwachs an Arbeitskräften von schätzungsweise 2000. Die Zahl ist wohl nicht zu hoch gegriffen, denn allein in den Monaten März, April, Mai und September dieses Jahres wurden über 3000 Arbeitsbücher an jugendliche Arbeiter ausgegeben. Von Januar 1911 zu Januar 1912 stieg die Zahl der in den Düsseldorf Krankenklassen versicherten Personen um 5292. Nun haben die Düsseldorf Krankenklassen nicht bloß den von September 1912 bis September 1913 vorhandenen natürlichen Zuwachs an Arbeitskräften nicht aufzunehmen vermocht, sondern sie weisen noch einen erheblichen absoluten Rückgang auf.

Die Düsseldorf Handwerkskammer aber „stellt fest“, daß noch ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist.

Die Geldgeber der Gelben. Ein früherer Angestellter der gelben Bewegung aus der Schweiz, ein Herr Szell-Fröhlich, hat kürzlich eine Broschüre über seine Erfahrungen in der gelben Bewegung herausgegeben, worin die engen Beziehungen zwischen Unternehmertum und gelben Vereinen erneut bestätigt werden. Der Verfasser der Broschüre hatte eine Forderung an den Kruppischen Werkverein gehabt, aber das Geld nicht bekommen können. Daraufhin wandte er sich an den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und erhielt von dort unter der Firma: „Die Hauptstelle, Dr. Dovenschen“, folgenden Brief:

„Der Kruppische Werkverein wird in der Hauptsache von der Firma Krupp unterhalten. (Im Original gesperrt.) Bitte wenden Sie sich unter Berufung auf mich direkt an Herrn Geheimen Finanzrat a. D. Eugenberg, den Vorsitzenden des Direktoriums der Firma Krupp und schreiben Sie ihm, welchen Eindruck es auf ehemalige Arbeiter, die gegen die Sozialdemokratie kämpfen, machen würde, wenn Sie in solcher Weise von Seiten des Werkvereins auf dem größten deutschen Unternehmen behandelt würden. Ich bin überzeugt, daß der Herr Geheimrat Eugenberg für Abhilfe sorgen wird.“

Mit vorzüglicher Hochachtung ergeht Dr. Dovenschen. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der sehr innige Beziehungen zu der gelben Arbeiterbewegung unterhält, hat in diesem Briefe den Kruppischen Werkverein sehr zutreffend eingeschätzt. Er wird, wie auch die übrigen gelben Vereine, von den Unternehmern unterhalten. Ein weiterer Beweis dafür ist der amtliche Bericht des Bergverwalterbeamten, Bergrats Müller, für das Bergrevier Wattencheid für 1912. Dort wird mitgeteilt, daß nach dem Streik von 1912 sich „auf sämtlichen Zechen ein Teil der Belegschaft“ zusammengeschlossen habe, um auf gutlichem Wege und im Einvernehmen mit den Arbeitgeber die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage anzustreben. Es heißt dann wörtlich weiter:

Zu diesem Zwecke wurden, soweit sie nicht bereits vor dem Streik vorhanden waren, sogenannte nationale Werkvereine auf den einzelnen Zechen ins Leben gerufen, deren Mitgliederzahl in ständigem Wachsen begriffen ist und die von den Zechenverwaltungen durch Zuwendung von Geldmitteln und durch Ratschläge zum Besten der Mitglieder unterstützt werden.“

So wird den Gelben auch noch amtlich ihr Charakter als Almosenempfänger bestätigt.

Unternehmerallüren in sozialdemokratischen Betrieben.

Daß auch sozialdemokratische Betriebe von Differenzen mit ihren Arbeitern nicht verschont bleiben, haben wir schon des öfteren an konkreten Beispielen nachgewiesen. Auch jetzt wieder liegen einige vor. Zunächst war es die Verlagsgesellschaft deutscher (sozialdemokratischer) Konsumvereine, die in letzter Zeit wiederholt von sich reden machte. Sie gehört dem Deutschen Buchdrucker-Verein (Unternehmerverein) als Mitglied an. Als solches leistet sie auch Beiträge zu einem besonderen Fonds dieses Vereins, der neben Wohlfahrtszwecken der „nachdrücklichen Vertretung der Prinzipalinteressen“ dienen soll. Dieses Verhalten der Verlagsgesellschaft steht selbstverständlich in schreiendem Widerspruch zur sozialdemokratischen Klassenkampftheorie. Daß merkten auch die Genossen, und sie zogen in der Parteipresse mächtig gegen die verantwortlichen Leiter der Verlagsgesellschaft vom Leder. Trotzdem leistet letztere auch heute noch ihre Beiträge und unterstützt somit auch fernerhin eine „nachdrückliche Vertretung der Prinzipalinteressen“.

In neuerer Zeit kam dazu ein Konflikt der Verlagsgesellschaft mit ihren Buchdruckern. Drei von diesen wurden wegen Nichtbeitritt zur Unterstützungsliste des Zentralverbandes deutscher (sozialdemokratischer) Konsumvereine, dem die Verlagsgesellschaft zugehört, kurzerhand ent-

lassen. Das angerufene Schiedsgericht bezeichnete die Entlassung als tarifwidrig und die Entlassenen als gemäßig regelt. Noch bevor der Schiedspruch gefällt war, reichten auch die übrigen Buchdrucker entgegen den tariflichen Bestimmungen die Gesamtkündigung ein und stellten zur zukünftigen Verhütung ähnlicher Vorkommnisse bestimmte Forderungen auf. Die Verlagsgesellschaft lehnte es ab, „die unter dem Druck einer vertragswidrigen Massenentlassung gestellten außer tariflichen Forderungen zu erfüllen“ und „sich ihr tarifliches Einstellungs- oder Entlassungsrecht irgendwie beschränken zu lassen“. Sie wandte sich zwecks Erledigung der schwebenden Differenzen auch nicht etwa an die sozialdemokratische Gehilfen-, sondern an die Unternehmerorganisation. Auch lehnte sie es ab, die erfolgte Kündigung des Personals solange in der Schwebe zu lassen, bis die Verständigungsverhandlung erfolgt sei. Also der regelrechte Unternehmerstandpunkt.

Schließlich kam dann nach langen Verhandlungen eine Vereinbarung zustande. Aber auch nach dieser noch soll die Verlagsgesellschaft das Bestreben der Hamburger Unternehmer, das Vorkommnis gegen die Gehilfenschaft scharfmacherisch auszunutzen, bereitwillig unterstützt haben. Interessant ist auch eine vom früheren Arbeiterausschuß der Buchdruckergehilfen an die sozialistische „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ geschickte, von dieser aber nicht aufgenommene Berichtigung, in der es heißt:

„Es ist unwar, daß die Mitglieder des Arbeiterausschusses eine Wiederwahl ablehnten, weil sie vom Personal schlecht behandelt worden sind: wahr ist, daß sie eine Wiederwahl ablehnten, weil sie die vollständige Bedeutungslosigkeit des Arbeiterausschusses einsehen, und weil ihnen von der Geschäftsleitung nur eine rein dekorative Stellung ohne jeden Einfluß auf das Arbeitsverhältnis eingeräumt wurde.“

Auch sonst führte die sozialdemokratische Presse, der wir diese Darstellung entnehmen, noch manche Einzelheiten an, die dartun, daß sich dieser sozialistische Betrieb in der Behandlung organisierter Arbeiter von einem Privatbetrieb nur wenig oder gar nicht unterscheidet.

Aber nicht nur die Verlagsgesellschaft, auch die Großeinkaufsgesellschaft der sozialdemokratischen Konsumvereine geriet in den letzten Tagen in Konflikt mit ihren Arbeitern. Sie besitzt in Frankenberg eine Zigarrenfabrik. Hier kam es zu Differenzen, die zu einer regelrechten Aussperrung der Arbeiter führten. Die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“ (Nr. 263, 1913) berichtet darüber:

„In diesem in Frankenberg i. S. seit mehr als 13 Jahren bestehenden Genossenschaftsbetriebe besteht von Anfang an die Einrichtung, daß die Zigarrenmacher ihre an einem Tage gefertigten Zigarren in einen Schragen (Rasten) reihenweise hineinlegen und abliefern. Mit dieser Einrichtung, die in vielen Betrieben ohne Schaden für den Fabrikanten besteht, will die Leitung der Großeinkaufsgesellschaft brechen. Sie ließ deshalb ganz plötzlich, ohne den Versuch einer Verständigung mit den Arbeitern zu machen, am Samstag letzter Woche anordnen, daß von dieser Woche an alle Zigarrenmacher ihre gefertigten Zigarren noch auf einem mit Leitern überspannten Rahmen auszuliegen und abzuliefern hätten. In dieser Abänderung des Arbeitsverhältnisses sehen die Arbeiter mit Recht eine Mehrarbeit, also eine Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses und eruchten darum, sofern diese Arbeitsweise partout zur Einführung kommen sollte, eine Aufbesserung des Barlohnes um 20 Pfg. pro tausend Zigarren. Der Obermeister Steffen, dem dieser Vorschlag gemacht wurde, erklärte darauf, daß die Großeinkaufsgesellschaft sich auf nichts einlasse, wer seine Zigarren nicht auf die Rahmen lege, sei entlassen. Hierauf wandten sich die Arbeiter am Dienstag, den 4. November, durch den Arbeiterausschuß noch einmal an den Obermeister mit dem Ersuchen, mit der angebotenen Entlassung solange zu warten, bis die maßgebenden Instanzen — in diesem Falle, da ein Tarifvertrag besteht, der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes und die Leitung der Großeinkaufsgesellschaft — angerufen und eventuell entschieden hätten, da es doch nicht darauf ankomme, ob diese Neuerung 14 Tage eher oder später eingeführt würde. Darauf antwortete Obermeister Steffen kurz und bündig, daß es für sie, die Leitung der Großeinkaufsgesellschaft, gar keine Instanzen gäbe, die da mitzusprechen hätten, wer sich weigere, die Zigarren auf den Rahmen zu legen, sei sofort als entlassen zu betrachten. Nachdem so die Einigungsversuche erfolglos verlaufen oder verperrt worden waren, mußten die Arbeiter den Betrieb verlassen. Vor Zugang nach den Zigarrenfabriken der Großeinkaufsgesellschaft in Frankenberg i. S., Hohenheim i. B. und Hamburg wird streng gewarnt.“

Die Großeinkaufsgesellschaft gibt in einer Pressenotiz zu, daß sie die von den Arbeitern für die neu eingeführte Rahmenablieferung verlangte Extrazuschädigung verweigert hat. Sie behauptet aber weiter, von einer Aussperrung könne keine Rede sein, die Arbeiter hätten im Gegenteil die Arbeit niedergelegt, ohne daß eine Vermittlung auch nur versucht worden wäre. Dem widerspricht aber die Darstellung der sozialdemokratischen Presse. Da die Großeinkaufsgenossenschaft kein Wort der Ermiderung auf die dem Obermeister Steffen in den Mund gelegten Ausserungen zu sagen weiß, andererseits aber die sozialdemokratische Presse kein Interesse daran hat, zu übertreiben, da es sich ja um einen sozialistischen Betrieb handelt, so wird die von ihr gebrachte Schilderung wohl der Wahrheit entsprechen, zumal sie mit dem von dem bürgerlichen „Frankenberger Tageblatt“ gebrachten Berichte vollständig übereinstimmt.

Nach mehrtägigem Streik kam es dann zu folgendem Vergleich: die Arbeiter nehmen die Arbeit wieder auf. Die Streikpunkte werden einem Schiedsgericht unterbreitet, dessen Entscheid für beide Teile bindend ist.

Dieses Vorkommnis bildet eine würdige Ergänzung des über die Differenzen der Verlagsgesellschaft mit ihren Buch-

druckern entworfenen Bildes. Auch im vorliegenden Falle fällt die Hervorhebung des „Herr-im-Hause“-Standpunktes durch die Betriebsleitung, sowie die Behandlung der Arbeiter und die Mißachtung der gewerkschaftlichen Instanzen besonders auf. Alle diese Vorfälle eröffnen keine besonders günstigen Perspektiven auf den sozialistischen Zukunftsstaat. Doch die Genossen wissen sich zu helfen. Sie werden uns erwidern: „Solange die gegenwärtige Gesellschaftsordnung besteht, lassen sich derartige Vorkommnisse nicht vermeiden.“ Diese verfluchte Gesellschaftsordnung ist eben an allem schuld, selbst an den von freien Gewerkschaftlern verübten Unterschlagungen von Verbandsgeldern. Wie gut, daß sie überhaupt noch existiert, sonst hätten unsere roten Freunde ja gar keinen Entschuldigungsgrund mehr für die auch in ihren Reihen vorhandenen menschlichen Gebrechen.

Aus unserer Industrie.

Gewebe als Buntglas-Imitationen.

Eine neue Verwendungsweise finden Gewebe wie Tüll, Mull, Gaze usw. bei der Fabrikation von Buntglasimitationen. Derartige Gewebe werden mit Strich oder dergleichen präpariert, damit ein Ueberzug entsteht, und die Maschen geschlossen werden. Der sodann auf das Gewebe aufgetragene Farbdruck wird mit einem Transparenzglas oder einer anderen dazu geeigneten Masse überzogen, so daß eine Glaswirkung, bezw. ein perlengleiches Aussehen erreicht wird. Auch kann die Herstellung der Buntglasimitation so erfolgen, daß das Gewebe unter Anwendung eines Klebstoffes, welcher durchsichtig sein muß, mit einer dünnen und transparenten Papierschicht vereintigt wird; in diesem Falle kann das Papier vorher mit einer beliebigen, durch Druck erzeugten Musterung versehen werden. Es ist nicht einmal erforderlich, das neue Produkt mit Glas in Verbindung zu bringen, sondern es kann auch als Ersatz für Verglasung dienen, da es vermöge seiner festen Struktur, welche durch das Gewebe hervorgerufen wird, in Rahmen gespannt und direkt als Ersatz für verzierte Glasfenster gebraucht werden kann. Durch das Patent-Bureau W. von Rabe in Elberfeld wurden die deutschen Patente erteilt und die Patente in Belgien, Frankreich, Holland, England, Italien, Oesterreich, Rußland, Spanien, Amerika und Japan angemeldet.

Tuchfabrikant und Tuchhändler.

Im Juli d. J. ist eine „Tuchkonvention“ zustande gekommen, der sich rund 400 deutsche Tuchfabrikanten angeschlossen. Angeblich war die Konvention notwendig, weil in der Branche herrschende Mißstände die ganze Tuchindustrie gefährdeten. Die Fabrikanten wollen durch ihr geschlossenes Vorgehen eine Verkürzung der Zahlungsfristen und ferner wesentliche Änderungen bezüglich der Musterlieferungen durchsetzen. Nun haben die Tuchhändler gegen die Konvention mobil gemacht, weil sie die Bedingungen nicht eingehen wollen und weil angeblich die Fabrikanten einseitig, ohne vorherige Fühlungnahme mit den Händlern, vorgegangen sind. In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erhebt ein Großhändler lebhaftest Klage gegen die Konvention und ihre Bedingungen.

„Am meisten gedrückt fühlen sich“, so schreibt er, „die Mehrzahl der Konfektionsfabrikanten. Wenn es schon eine allgemeine volkswirtschaftliche Erscheinung ist, daß bei sinkender Konjunktur die Konventionen sich lockern und eine Konventionsmüdigkeit eintritt, so hat sich gerade bei der Tuchkonvention diese Tatsache besonders auffällig eingestellt, jedoch sind die Mitglieder für zwei Jahre gebunden. Es läßt sich nicht feststellen, inwieweit der schlechte Geschäftsgang in den Tuchfabriken, der krisenhafter Natur ist, mehr auf Konto der abnehmenden Konjunktur oder auf die Konventionsbildung zurückzuführen ist. Jedenfalls herrscht in den Reihen der Tuchfabrikanten eine derartige Unzufriedenheit, daß ohne Zweifel der Mehrheitswille sich durchsetzen wird. Der Großhandel sowie die Herren- und Knabenkonfektion halten mit Aufträgen zurück, so daß die Tuchfabrikanten in die schwierigste Situation geraten. Verluste an Lagerware gehören zu den täglichen Erscheinungen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Wollpreise eine beträchtliche Höhe aufweisen und eher eine steigende als fallende Tendenz haben. Besonders die Konfektionsfirmen leiden unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Bei dem teuren Bankkredit und der schleppenden Zahlungsweise der Kunden können sie nur mit äußerster Vorsicht disponieren, aber trotzdem treten auch schon in der Herrenkonfektion bedenkliche Zeichen wirtschaftlicher Schwäche auf, die zum großen Teil durch die strengen Maßregeln der Tuchkonvention hervorgerufen sind. Wenn man gerecht sein will, kann man die Konventionsbedingungen im Vergleich zu anderen Konventionen nicht gerade als hart bezeichnen, aber die besonderen Verhältnisse in den Tuch- und Konfektionsbranchen machen auch besondere Maßregeln erforderlich, und die deutsche Herrenkonfektion steht in ihrer Gesamtheit finanziell nicht so stark da, daß sie einen plötzlichen Uebergang ohne Störungen vertragen könnte. Wenn auch das Maß der Valutenziehung früher über die Norm hinausging, so steht dem doch entgegen, daß die Kalkulation der Fabrikanten dem langen Kreditgeben Rechnung getragen hat. Dabei laßt die veränderte Lage auf dem Großhandel und der Konfektion, da diese die Mehrkosten infolge der steigenden Nachfrage und des gewaltigen Angebots nicht auf die Kundschaft übertragen können, so daß nicht in letzter Linie der Konsum, sondern allein der Großhandel und die Konfektion die Leidtragenden sind. Die Statistik muß es lehren, ob infolge der „Deutschen Tuchkonvention“ der deutsche Markt mehr englische Tuche aufnimmt. Vorläufig muß man sich

hierüber eines Urteils enthalten, jedoch machen englische Großfirmen bedeutende Anstrengungen, das englische Fabrikat mehr in Deutschland einzubürgern. Die Deutsche Tuchkonvention hat sich bereit erklärt, die Wünsche der Abnehmergruppen zu prüfen und mit den Abnehmervertretern zu verhandeln. Man nimmt allgemein an, daß die Tuchkonvention den berechtigten Forderungen der Abnehmer sowie dem Mehrheitswillen der Tuchfabrikanten Rechnung tragen wird, so daß ein alle Teile zufriedensstellendes Kompromiß geschaffen wird.“

Darauf antwortet nun in derselben Zeitung ein Tuchfabrikant folgendes:

„Die Bedingungen der Tuchkonvention sind zwar ohne Mitwirkung der Abnehmerkreise zustande gekommen, und zwar ohne Mitwirkung, weil der anfängliche Versuch gelehrt hat, daß eine Einigung ganz unmöglich war; die Verhältnisse aller Abnehmergruppen, die den Fabrikanten sehr genau bekannt sind, haben aber volle Würdigung erfahren, werden doch selbst in jener Besprechung die Konventionsbedingungen nicht als hart bezeichnet.“

Die Tuchkonvention mußte geschlossen werden, weil herrschende Mißstände in der Branche die ganze Tuchindustrie gefährdet hätten. Wie den Verhältnissen und Interessen aller Abnehmergruppen Rechnung getragen worden ist, beweist hinlänglich die Tatsache, daß kapitalschwache Firmen Gelegenheit finden, auf Vereinbarung sechs bezw. sieben Monate Ziel in Anspruch zu nehmen, bei noch einer einmonatlichen Valuta. Kapitalkräftige Firmen hingegen erhalten eine reichliche Zinsentschädigung von sechs Prozent nach 30 Tagen Ziel, bei einmonatiger Valuta. Außerdem werden den Abnehmern vom Fabrikanten als Mustervergütung, ebenso als Maßvergütung je ein Prozent gewährt. Wie kann da unter solchen Umständen von strengen Maßregeln gesprochen werden? Der Fabrikant, der in seinem Betriebe große Kapitalien festgelegt hat, bei allen seinen Lieferanten nur gegen kurzes Ziel, meist 30 Tage, kaufen kann — wie z. B. Kammgarne zu sehr strengen Konventionsbedingungen der Kammgarnspinner — und durch den langwierigen Fabrikationsprozeß nicht in der Lage ist, seine Geldmittel lebhaft in Fluß zu halten, kann doch unmöglich seinen Abnehmern gestatten, ganz nach Willkür, wie es seither meist geschehen, zu regulieren und dabei vielfach noch beliebige Abzüge zu machen. Die Konvention will nichts weiter als

1. Ordnung in den Zahlungsbedingungen.
2. Aufrechterhaltung von überhandgenommenen vererblichen Mißbräuchen.
3. Verhinderung einer ungesunden Schleudertourneurs seitens wenig skrupulöser schlechtbemittelter Abnehmerfirmen gegenüber gutsituierten, soliden.

Daß durch die Konvention die Bevorzugung englischer Fabrikate eintreten könnte, dürfte ausgeschlossen erscheinen, weil der englische Fabrikant nur gegen kurzes Ziel und zu strengeren Bedingungen gegenüber den sehr weitgehenden deutschen verkauft. Zudem können Deutschlands Fabrikate hinsichtlich ihrer Güte und sonstigen Eigenschaften ungeschert jeden Wettbewerb mit England und noch mehr mit anderen Staaten aufnehmen; betreffs der Billigkeit überragen sie aber alle ausländischen Konkurrenzfabrikate. Unter solchen Verhältnissen würde der Handel sich und den Konsumenten, aber auch als deutscher Handel, der vaterländischen Industrie beim event. Kaufen in England einen sehr schlechten Dienst erweisen.

Wie die Tuchkonvention die Ursache der jetzigen flauen Geschäftslage sein soll oder gar die Veranlassung zu einer Geschäftskrise geben könnte ist unverständlich; nur Unkenntnis und eine Verkennung der Tatsachen lassen solche Schlüsse ziehen. Jeder vorurteilsfreie Kenner muß die jetzigen geschäftlichen Verhältnisse, die auf den meisten industriellen Gebieten in allen Staaten der Welt die gleichen sind, auf politische und allgemein wirtschaftliche Zustände zurückführen.“

Die Textilindustrie und die Balkanstaaten.

Die nach dem Friedensschluß auf dem Balkan eingetretene Beruhigung ist für die nach Bulgarien, Serbien, Rumänien und der Türkei exportierenden Staaten bis jetzt ohne wesentlichen Einfluß geblieben. Nur Rußland scheint einen gewissen Vorteil aus den Vorgängen insofern gezogen zu haben, als den dortigen Textilfabrikanten bedeutende Lieferungsorders für die rumänische Heeresverwaltung zugesprochen sein sollen. Bulgarien macht große Anstrengungen, den Bedarf des Landes in Geweben selbst zu decken und plant zum Teil beträchtliche Erweiterungen der bezüglichen Betriebe. Die Bestellungen der bulgarischen Heeresverwaltung in Leinenstoffen erhält vertragsgemäß eine bulgarische Leinenfabrik. Nebenbei liegen die Verhältnisse in Serbien. Sowohl hier wie in Bulgarien sollen englische Fabrikanten mit Hilfe von englischen Kapitalisten große Anstrengungen machen, festen Fuß zu fassen. Auffallend gering sind die Aufträge, die Rumänien und die Türkei nach Deutschland, Oesterreich und England in Textilerzeugnissen vergeben haben; es hat den Anschein, als ob Italien größere Bestellungen erhält.

Aus dem Verbandsgebiete.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Berichterstatter in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 29. November Arbeitslosenzähltag für Monat November ist. Die an diesem Samstag arbeitslos gewesenen Mitglieder sind zu zählen und über das Resultat der Zählung ist an die Zentrale zu berichten. Spätestens vier Tage nach Schluß des

Monats müssen die Berichtskarten (graue Monatskarten) an die Zentrale eingesandt sein. Man vergesse nicht die Angabe der genauen Zahl der gefamten, am Schluß des Monats vorhandenen Mitglieder auf der ersten Rubrik der Berichtskarte anzugeben.

Im Monat Oktober haben nachfolgende Ortsgruppen nicht oder zu spät berichtet:

- Bezirk Krefeld: Bockum.
 „ M.-Glabbach: Züchen, Odenkirchen.
 „ Aachen: Bedburg, Brand, Imgenbroich, Montjoie, Kott.
 „ Barmen: Barmen, Langerfeld, Schwelm.
 „ Bocholt: Epe, Haltern, Stadlohn.
 „ Münster i. W.: Ummeln.
 „ Hannover: Bremen, Cassel, Dingelstädt, Hannover-Linden.
 „ Schlesien: Ullersdorf.
 „ Sachsen: Görlitz, Guben, Sorau, Spremberg, Zeulenroda.
 „ Bayern-Pfaffen: Bamberg, Bayreuth, Lechhausen, München, Zell, Schwabach.
 „ Württemberg: Heidenheim, Ravensburg, Waldsee, Wangen.
 „ Baden: Burbach, Busenbach, Ehenroth, Konstantz, Singen, Schoppsheim, St. Blasien, Stockach, Unterlauchringen, Zell.
 „ Elsaß: Breitenbach, Erzenbach, Erstein, Gaishausen, Horbach, Ingersheim, Malmerspach, Meheral, Otterbach, Rothau, Rürtheim, Worms.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Embsbetten.

Erfolgreicher Streik. Am 21. November traten sämtliche Weber der Firma Warmeling u. Vochohl in den Streik. Die Weber hatten sehr schlechtes Zeitgarn zu verarbeiten und daher den Arbeiterausschuß beauftragt, bei der Firma vorstellig zu werden und eine Vergütung zu beantragen. Anstatt daß nun die Firma die Sache in Ruhe mit dem Ausschusse besprach, erklärte sie, man solle nur sofort aufhören, dann könne der Betrieb 14 Tage ruhen. Sämtliche Weber haben darauf den Betrieb verlassen. Der Bezirksvorsitzende wurde aber auch sofort benachrichtigt. Dieser ist auch sofort herüber gekommen, hat zunächst mit den Webern die Ursachen des Ausstandes besprochen und telephonisch mit der Firma über die Differenzen geredet. (Leider ist eine persönliche Aussprache fast nicht zu erreichen.) Es ist dann der Arbeiterausschuß wieder zur Firma gegangen und konnte nunmehr auch wegen der Vergütung für schlechtes Material eine vollständige Einigung stattfinden. Des Nachmittags wurde die Arbeit wieder geschlossen von allen Webern aufgenommen. Bis auf zwei waren alle Weber schon lange Jahre unsere Mitglieder.

Mährisch-Schönberg.

Warnung vor Zuzug. In Mährisch-Schönberg steht bei der Firma Felix Reihner unser österreichischer Weberverband im Kampfe, um Lohnverschlechterungen abzuwehren. Die Firma versucht nun, in Deutschland Arbeiter anzumerben. Vor Zuzug nach Mährisch-Schönberg wird darum gewarnt. Die Lohnverhältnisse bei der Firma sind erbärmlich schlecht.

Aus unseren Bezirken.

Arbeiterinnenkonferenz für den Bezirk Aachen.

Am 2. Nov. tagte im Gesellschaftshause zu Aachen die diesjährige Arbeiterinnenkonferenz, die von 39 Kolleginnen besucht war. Zweck der Konferenz war, Aussprache zu halten über den derzeitigen Stand der Organisation. Ferner sollte über Mittel und Wege beraten werden, wie die noch fernstehenden Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen seien. Aus dem Protokoll der vorjährigen Konferenz ging hervor, daß die auf dieser Konferenz zum Ausdruck gebrachten Erwartungen nicht eingetroffen sind und die gefassten Beschlüsse nicht das gewünschte Resultat gezeitigt hatten.

Nach erfolgter Bürowahl, aus der sechs Kolleginnen als Vorstand der Konferenz hervorgingen, hatte zunächst Kollegin Harber-Düffeldorf das Wort zu dem Vortrag: „Wie wecken wir das Interesse der noch nicht organisierten Arbeiterinnen für unseren christlichen Textilarbeiterverband?“

Zunächst wurde durch eingehendes statistisches Material die wenig befriedigende Entwicklung der Arbeiterinnenorganisation im Bezirk und in den einzelnen Ortsgruppen nachgewiesen. Angesichts der Ergebnisse stiegen unwillkürlich die Fragen auf: „War die Agitation eine genügende?“ „Haben wir es verstanden, das Interesse der Unorganisierten zu wecken?“ Diese Fragen können nicht unbedingt bejaht werden. Der weitgehende Einfluß der mechanischen Arbeitsweise auf die körperliche und geistig-sittliche Entwicklung der jungen Arbeiterinnen wurde zusammenhängend geschildert. Darnach ist es verständlich, wenn bei den meisten heranwachsenden Arbeiterinnen „andere“ Interessen mehr vorherrschen als solche gewerkschaftlicher Art. Wie nun trotz alledem das Verständnis der unorganisierten Arbeiterinnen für die Gewerkschaft geweckt werden kann, zeigte der zweite Teil des Vortrages. Besonders wurde auf die weiblichen Jugendlichen hingewiesen. Mehrere Mittel wurden speziell für Erfassung der heranwachsenden Arbeiterinnen empfohlen. Den Agitationskommissionen und Berichtserhalterinnen wurden praktische Winke gegeben. Die örtlichen Vorstände sollen mit den Arbeiterinnen-Kommissionen enge Fühlung halten. Wenn auch die Arbeiten manchmal mühsam sind und die Resultate nicht

gleich nach Wunsch ausfallen, so sollen sich die Kolleginnen erinnern, daß Lust und Liebe zu unserer Sache selbst schwerste Mühe und Arbeit gering erscheinen lassen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung sprach Kollege Weber-Nachen über das Thema: „Der Stand der Organisation unter den Textilarbeiterinnen des Nacher Bezirks und unsere nächsten Aufgaben.“

Kollege Weber dankte Kollegin Harber für den beachtenswerten Versuch, die Gründe für die Interessenlosigkeit der Arbeiterinnen aufzudecken. Zeitweise seien die Gründe auch zu suchen in den öfters eintretenden Krisen und der damit zusammenhängenden Arbeitslosigkeit; dann auch darin, daß für vermehrte Arbeiterinnenagitation nicht überall genügend Verständnis vorhanden ist. Die Hauptursache sei jedoch die Verständnislosigkeit der Arbeiterinnen gegenüber der Organisation. Demgemäß sei es Pflicht eines jeden in der Organisation tätigen, alles zu beseitigen, was der Werbung hinderlich sei. Vor allem müsse man den Vorgängen im wirtschaftlichen Leben Beachtung schenken. Kollege Weber empfahl als nächste Aufgabe eine durchgreifende Branchenagitation und besondere Versammlungen für Arbeiterinnen, nach Berufen gegliedert, um Gelegenheit zu geben, sich über Mißstände besser auszusprechen und dadurch die Arbeiterinnen mehr an die Organisation fesseln zu können. Ferner wurde betont, daß es angängig und notwendig sei, mit den religiösen Vereinigungen der Arbeiterinnen nähere Verbindung zu suchen.

In der Diskussion stellte sich zunächst Kollegin Pappers-Nachen als Vorstandsmitglied der Nacher Ortskrankenkasse vor, und wies darauf hin, daß es bei Organisation der Arbeiterinnen darauf ankomme, nicht nur ein aufflackerndes, sondern ein bleibendes Interesse zu wecken. Kollegin Malms-Nachen-B. empfahl die Abhaltung von Mitterabenden, um die Agitation zu fördern. Kollege Schmitz-Nachen ersuchte um rechtzeitige Zufendung der vierteljährlichen Ortsgruppenberichte.

Kollegin Janßen-Nachen-B. kritisierte speziell eine Ercheinung bezüglich der Zunahme von Heimarbeit verheirateter Stöpfungsmaschinen.

Auch über den wenig dankenswerten Einfluß der Stöpfungsmaschinen in einzelnen Betrieben sprachen sich die Kolleginnen aus. Kollege Weller, Hamacher und Manns griffen ebenfalls in die Diskussion ein, so daß die Konferenz einen anregenden Verlauf nahm.

Die vorgebrachten neuen Ideen werden jedenfalls dazu beitragen, das Interesse für die Organisation der Arbeiterinnen neu zu beleben und fruchtbringender zu gestalten. In diesem Sinne wurde die Konferenz gegen 6 Uhr unter Dankesworten an die Teilnehmerinnen geschlossen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Augsburg. Die Fabrik- und Arbeiterstadt. Wir gehen nun im folgenden auf eine kurze Geschichte der einzelnen großen Fabriken über, wobei wir aber leider nicht alle besprechen können.

Das größte Werk der Stadt, ein Weltabstimmungswerk, ist die schon angeführte, Vereinigte Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg A.-G.. Sie wurde im Jahre 1840 durch Ludwig Sander gegründet. Ihr Haupterzeugnis waren ursprünglich Dampfmaschinen und Dampfessel, um den Bedarf an diesen, für die mächtig emporkommende Industrie am Blaise decken zu können. Dann kamen noch Turbinen, Wasserräder, Buchdruckpressen usw. hinzu. Jetzt beschäftigt das Werk, zu dem noch das 1842 gegründete Werk Nürnberg und das 1858 gegründete Werk Guntausberg (bei Mainz) hinzutreten, ungefähr 12000 Angestellte.

Eng verbunden mit der Geschichte der Augsburger Großindustrie ist der Name Ludwig August Niedinger. Er gründete im Jahre 1854 die heute in bester Blüte stehende „Maschinen- und Bronzearienfabrik vormalis L. A. Niedinger“ an Stelle einer eingegangenen uraltten Hammerwerkstatt, nach der die dort vorbeiführende Straße, Eisenhammerstraße noch heute sich benennt. Haupterzeugnisse dieses Werkes waren anfänglich Gasapparate. Von hier aus wurde eine große Anzahl von Städten Deutschlands und des Auslandes (Klagenfurt, Mantua, Odezza usw.) mit Gasbeleuchtung versehen. Augsburg ist überhaupt wohl die erste Stadt in Deutschland, vielleicht sogar des Kontinents, welche diese neue Beleuchtungsart aufnahm. Schon im Jahre 1822 — nachdem zuerst in England die Gasbeleuchtung 1819 eingeführt war — baute der ebenfalls um die Augsburger Großindustrie hochverdiente Dr. Dingler, der Herausgeber des „Polytechnischen Journals“, eine kleine Gasanstalt zur Beleuchtung der damals errichteten „Polytechnischen Lehranstalt“ (jetzt R. Oberrealschule). Die Straßenbeleuchtung mit Gas begann hier aber erst am 12. Dezember 1848. Ein weiteres Abstimmungswerk, das Niedinger ins Leben rief, ist die große und weltbekannte „Augsburger Bunweberei vormalis L. A. Niedinger“. Sie wurde nach seinem Tode im Jahre 1880 in eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 2200000 M. umgewandelt. Die Arbeiterzahl beträgt in günstigen Zeiten über 1000. In unserer Zeit ist der Name Niedinger wiederum durch die Ballonstofffabrik von August Niedinger, dem Sohne des Finanzrates L. A. Niedinger, zu einem Weltzuge gelangt. In seiner Fabrik werden nicht allein die Säulen für die gewöhnlichen Gasballons, sondern auch jene für die großen leuchtenden Luftschiffe von Zepplin, Parseval, für die Militärluftschiffe usw. angefertigt.

Eines hohen Rufes erfreuen sich die landwirtschaftlichen Maschinen der „Vereinigten Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen vormalis Gypke u. Buzbaum“. Das gewaltige Werk ging aus ganz bescheidenen Anfängen hervor und wurde im Mai 1882 in eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von rund 2000000 M. verwandelt. Die durchschnittliche Arbeiterzahl beläuft sich ungefähr auf 800.

Gleichfalls aus sehr bescheidenen Anfängen bildete sich die „Maschinen- und Röhrenfabrik von Johannes Haag“ heraus. Haag begann sein Geschäft im Jahre 1848 in Kaufbeuren und verlegte es des besseren Absatzes wegen 1851 mit 10 Arbeitern nach Augsburg. Die Heizungsanlagen und Röhrenfabrikate dieses Geschäftes sind weltbekannt. Es zählt ungefähr 400 Arbeiter und wurde ebenfalls in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Die im Jahre 1878 von Johannes Renf ins Leben gerufene „Zahnradfabrik“, 1897 mit einem Kapital von einer Million Mark in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, befaßt sich ausschließlich mit der Herstellung aller Arten Zahnräder, die wegen ihrer peinlichst genauen und sauberen Herstellung und Ausarbeitung als Spezialartikel in der ganzen Welt des besten Rufes sich erfreuen. Diese Zahnräder werden bei Renf für genau arbeitende und feinere Betriebe von den größten Stablfabrikanten, wie z. B. von Krupp in Essen, bestellt.

Der Schwerpunkt des Augsburger Fabrikbetriebes liegt vor allem in der Textilindustrie. Sie ging, wie schon eingangs gesagt, in vieler Hinsicht aus der uralten Hausindustrie der Weber hervor. Augsburg ist in dieser Beziehung schon oft das „deutsche Manchester“ genannt worden. Und nicht so mit Unrecht. In Süddeutschland steht es wenigstens auf diesem Gebiete ganz sicher an der Spitze. Werke wie die Stadtbachspinnerei und die Baumwollspinn- und Weberei, dann die Nähfabrik in Göggingen usw., darf man mit zu den ersten Weltfirmen rechnen. Konkurrenzlos wegen ihrer Fabrikate steht die „Wirnerer und Nähfabrik Göggingen“ in Göggingen überhaupt da. Sie wurde im Jahre 1855 in der Stadt selber von Gustav Schifflmacher u. C. gegründet und 1864 nach Göggingen verlegt. Die Jahresproduktion ist im Durchschnitt bei ca. 900 Arbeitern auf 6000000 M. geschätzt. Eines der gewaltigsten Abstimmungswerke Deutschlands, ja man darf sagen der ganzen Welt, ist die „Mechanische Baumwollspinn- und Weberei in Augsburg“. Das Geschäft, das zugleich auch mit zu den ältesten Werken Deutschlands gehört, wurde bereits 1837 als Aktiengesellschaft durch Johann Lorenz v. Schaefer mit einem Kapital von 1200000 fl. errichtet und 1840 in Betrieb gesetzt. Das große sechsstöckige Hauptgebäude an der Bechhausstraße, im Volksmunde noch heute die „große Fabrik“ genannt, galt lange Zeit hindurch als Musterbau für einen Großbetrieb. Das Geschäft, das unter sehr tüchtiger Leitung einen gewaltigen Umsatz macht, erhielt noch verschiedene große Filialbauten: Die Fabriken am „Geißberg“, auf der „Rosenau“, vor dem Jakobertor und in jüngster Zeit den Prachtbau bei der „Aumühle“.

Ein weiteres Weltgeschäft ist die „Baumwollspinnerei am Stadtbach“, die 1851 durch das Bankhaus Friedrich Schmid u. Co. mit einem Kapital von 900000 Gulden errichtet wurde. Sie ist in der letzten Zeit durchaus erneuert worden und zählt ungefähr in der Spinnerei 150000 Spindeln. Als ein Musterbau galt seinerzeit die alte Churische Baumwollspinnerei, jetzt „Spinnerei Wertsch“. Sie wurde bereits 1832 in Schw. Hall gegründet und des besseren Absatzes wegen nach Augsburg verlegt. Bei dem hierzu 1847 erfolgten Neubau (der am 29. Februar 1912 gänzlich niederbrannte) wurde auch schon auf die gesunden und heilvollen Verhältnisse in der Anlage Rücksicht genommen, ein Umstand, der sonst in den alten Fabrikgebäuden keine besondere Berücksichtigung fand. Es heißt in einem Bericht über den damaligen Neubau, „daß die Arbeiter die gesunde Luft daselbst rühmen und deshalb weniger der gestifteten Krankenkasse zur Last fallen, zu der ein jeder Arbeiter einen Kreuzer vom Gulden seines Verdienstes beisteuerte.“

Die „Baumwollspinnerei am Sentelbach“ ging mit ca. 42000 Spindeln und ca. 250 Arbeitern 1862 aus einer dort bestehenden uralten, abgebrannten Mühle hervor.

Ein weiteres, großes Abstimmungswerk ist die „Baumwollspinnerei“, die 1854 errichtet wurde und mit ungefähr 44000 Spindel und ca. 400 Arbeitern in Betrieb ist. (Schluß folgt.)

Dülken. Einen recht schönen Erfolg erzielten die christlichen Gewerkschaften bei der Wahl der Ausschussmitglieder zur allgemeinen Ortskrankenkasse für Dülken Stadt und Land. An Stimmen wurden abgegeben für Liste 1 (christliche Liste) in der ersten Abteilung 443 gleich 13 Ausschussmitglieder. In der zweiten Abteilung 345 gleich 9 Ausschussmitglieder. Die Sozialdemokraten erhielten trotz ihres Heßflugblättchens und trotz größter Anstrengung in der ersten Abteilung 220 Stimmen und 5 Ausschussmitglieder, in der zweiten Abteilung 121 Stimmen und 3 Ausschussmitglieder.

Wir können mit Befriedigung auf den Erfolg bei der Wahl zurückblicken, zumal die Genossen aufs Ganze gingen und mit aller Macht versuchten, Wresche zu schlagen. Daß die Enttäuschten nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses ihren Haß gegen unsere führenden Kollegen austoben ließen, sei ihnen als der Unterlegenen nicht weiter übel genommen, entspricht solches Gebahren doch dem Bildungsgrad der heiligen Genossen. Um aber den sachlichen Auseinandersetzungen mit unseren Kollegen aus dem Wege zu gehen, wurde nach Indianerart ein wildes Geheul angestimmt.

Dem betreffenden Buchdruckerverband angehörend und allem Anscheine nach ein großer Christenfeind werden wird, legen wir wegen seines Verhaltens bei der Wahl uns gegenüber nahe, sich einmal darüber klar zu werden, ob in unserem Verbands nicht mehr Raum genug für ihn ist. Sollte dies der Fall sein, dann mag er getrost die Schwertklinge vornehmen. Allen Mitarbeitern bei der Wahl sei aber an dieser Stelle besonders gedankt. So wollen wir weiter arbeiten, dann werden Erfolge nicht ausbleiben.

Forst (Laußig). „Christliche Frechheiten“. Unter dieser Ueberschrift, so schreibt man uns, erhebt ein Verkünder des Zukunftsstaates in der „Märkischen Volksstimme“, dem Sprachorgan des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, seine Stimme, um die Arbeiter und Arbeiterinnen vor unserem Verbands gruselig zu machen und ihnen den Rat zu erteilen, doch ja Mitglied im sozialdemokratischen Verbands zu werden. Daß letzteres der ehrliche Wunsch des Schreibers ist, glauben wir recht gern. In diesem Artikel faßelt der Schreiber wieder von Streikbruch und Streikbrecher-Vermittlung in Krefeld. Wir meinen, wer im Glashaufe sitzt, soll ja nicht mit Steinen werfen. Hat er denn schon ver-gessen, wer in den Elberfeld-Baumer Fabrikbetrieben diejenigen Arbeiter verrichtete, um die sich der ganze Kampf in Krefeld abspielte? Waren es nicht gerade Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, die dort Streikarbeit verrichteten? Dazu ist es eine bewusste Unwahrheit, daß von seiten unseres Verbandes nach Krefeld Streikbrecher angeworben wurden. Unsere Kollegen nahmen erst dann die Arbeit auf, als unsere Verbandsleitung im Einverständnis mit den bei uns organisierten Fabrikbetrieben die Beendigung des Kampfes beschlossen hatte und beschließen mußte, weil in Elberfeld-Baumen von den Mitgliedern des „deutschen“ Verbandes Streikarbeit verrichtet wurde. Aber obgleich diese Verbandsleitungen bereits duzende Male widerlegt worden sind, scheut man sich nicht, dieses Ammenmärchen wieder der Arbeitererschaft zu erzählen. Der Schreiber in der „Märkischen Volksstimme“ muß doch seine Leser sehr tief einschätzen, daß er es wagt, diesen längst abgetanen Kohl wieder aufzutischen. Als Kronzeugen für seine Verbandsleitungen ruft er einen von unserem Zentralvorstand entlassenen Beamten an, obgleich er weiß, daß die Sache dem Gericht übergeben ist. Jeder objektiv und an-

fänglich denkende Mensch würde erst den Gerichtspruch abwarten, ehe er solche Verbandsleitungen weiter verbreitete, aber das findet der Schreiber in der „Märkischen“ nicht für notwendig. Das ist echt sozialdemokratisch und kennzeichnet von vornherein die Wahrheitsliebe dieses Schreibers.

Weiter beweist er seine Wahrheitsliebe dadurch, daß er den Glauben erwecken will, als ob durch die Röhlingische Broschüre bei uns Austritte zu verzeichnen wären. Nun, wir können ihm, wenn es zu seiner Beruhigung dienen sollte, mitteilen, daß auch nicht ein einziger infolge dieser Subelbroschüre seinen Austritt erklärt hat. Unsere Mitglieder wissen zur Genüge, was sie von einem solchen Nachwert, das einen ganz gemeinen Nachsaft darstellt, und was sie von einer Peke aus dem sozialdemokratischen Lager zu halten haben.

Wenn in unserm Artikel in einer der letzten Nummern der Textilarbeiter-Zeitung gesagt wurde, daß noch lange nicht jeder im „deutschen“ Textilarbeiterverbande für würdig befunden würde, bei Arbeitslosigkeit Ansprüche an die Verbandskasse zu stellen, so ist dies nicht etwa eine bloße Vermutung, sondern das ist uns von Mitgliedern des „deutschen“ Verbandes mitgeteilt worden. Dem Schreiber des Schmäherartikels in der „Märkischen Volksstimme“ Angaben zu machen über die Höhe der von uns ausbezahlten Arbeitslosenunterstützung, halten wir uns nicht für verpflichtet. Unsern Mitgliedern ist die Summe bekannt, und wir sind überzeugt, wenn dem Schwindelschreiber in der „Märkischen Volksstimme“ die Summe ebenfalls bekannt gewesen wäre, würde er den Mund nicht so voll genommen haben. Wir empfehlen ihm für die Zukunft, wenn er derartige Auskünfte haben möchte, sich zu uns zum Büro zu begeben. Dann stellt er sich breitfüßig hin und rechnet seinen Lesern vor, wieviel sie jährlich an Arbeitslosenunterstützung beziehen können (ja können, wenn sie es nur bestämen) doch auch dabei verläßt ihn seine Wahrheitsliebe. Wir empfehlen ihm sein Verbandsstatut einmal zu studieren, dann wird er finden, daß seine Behauptungen der Wahrheit nicht entsprechen.

Ferner schreibt er: „Im deutschen Textilarbeiterverbande werden die Beiträge im Interesse der Mitglieder verwendet.“ Ja, liegt denn der Anlauf von 250000 Stück der Röhlingischen Broschüre, was tausende Mark gekostet hat, auch im Interesse der Mitglieder? Wir meinen, man hätte besser getan, die mühsam zusammengeparkten Groschen der Mitglieder in der Kasse zu halten, um Vorgängen, wie den im Jahre 1910 bei der Spinnereiarbeiterbewegung in Forst u. a. m. vorgekommenen, in Zukunft vorzubeugen.

Dann ruft er im Brustton der Ueberzeugung: „Wo sind die Christen geblieben, als es galt, auch für die Unorganisierten in Forst Unterstützungen während der Arbeitslosigkeit zu schaffen?“ O, du heilige Einsicht! Verzeihen muß man schon dem Schreiber des Schimpfartikels. Wie soll einer, der sein eigenes Verbandsstatut nicht liest, wissen, was in der Öffentlichkeit vorgeht? Würde er auch andere Zeitungen lesen als die sozialdemokratische „Märkische Volksstimme“, so würde er wissen, daß die Ortsgruppe Forst des christlichen Textilarbeiterverbandes schon lange vorher, ehe der „deutsche“ Verband aus seinem Traume erwachte, für die gesamte Arbeitererschaft von Forst, also auch für die Unorganisierten, mit Erfolg tätig gewesen ist. Aber uns will es scheinen, als ob man mehr Sorge um die Unorganisierten hätte, als um die eignen Mitglieder. Wenn die den Organisationen Fernstehenden sehen, daß der „deutsche“ Verband für ihr Wohlergehen so bedacht ist, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn dieselben Leute es nicht für notwendig halten, sich einer Organisation anzuschließen. Sonst hört man immer sagen, die Indifferenten sind ein Hemmschuh der organisierten vorwärtsstrebenden Arbeitererschaft. Wenn nun aber der sozialdemokratische Textilarbeiterverband, diesen, der vorwärtsstrebenden Arbeitererschaft im Wege stehenden Unorganisierten noch das Rückgrat krückt, dann braucht die hiesige Arbeitererschaft sich nicht zu wundern, wenn ihre Bestrebungen nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen systematisch unterdrückt werden.

Wir können es dem Schreiber in der „Märkischen Volksstimme“ wohl nachfühlen, wenn er seinem gequälten Herzen etwas Luft macht. Sind doch Urteile, wie sie der Genosse Perwynski aus Spremberg über die Leitung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes ausspricht, schwer zu verdauen. Perwynski schreibt nämlich: „Auf Antrieb des Hauptvorstandes sind noch nicht viel Streiks entstanden, das kann man bei uns Textilarbeitern in der Niederlausitz am besten sehen. Hier kümmert sich der Hauptvorstand überhaupt nicht um die Kollegen. Alles läßt den Zentralvorstand kalt; er macht keinen Finger krümm, um das Elend etwas zu mildern.“ Nun, das tut weh, aber die Textilarbeiter der Niederlausitz wissen recht gut, daß Perwynski recht hat.

Wir kondolieren!

Im übrigen läßt uns der Schimpfartikel vollständig kalt, er kennzeichnet nur seinen Verfasser und beweist uns von neuem die Wahrheit des Sprichwortes: „Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen.“

Den Mitgliedern des christlichen Textilarbeiterverbandes und allen auf nationalem Boden stehenden Arbeitern und Arbeiterinnen aber rufen wir zu: Gebt dem Schreiber in der Märkischen Volksstimme dadurch die gebührende Antwort, daß ihr unablässig an der Aufklärung der unorganisierten Kollegen und Kolleginnen arbeitet und sie dem Zentralverbande christlich-nationaler Textilarbeiter Deutschlands zuführt.

Giesenfürchen. Richtigstellung. In der letzten Nummer unseres Verbandsorgans berichteten wir von einer Versammlung, an der die Kollegen Hermes und Gerhard Müller teilgenommen. Heute müssen wir berichtend mitteilen, daß nicht der Kollege Gerhard Müller, sondern der Kollege Johann Müller, jetzt Bezirksleiter in Krefeld, zusammen mit dem Kollegen Hermes in der Versammlung be-fähigt konnten, daß von einer verpöfchten Bewegung gar nicht die Rede sein könnte, da dieselbe mit dem Abschluß eines Tarifvertrages geendigt habe.

Hils. Anregend verlief unsere Mitglieder-versammlung am 1. November. Die Kollegen Zentges und Hausmann erstatteten eingehend Bericht über die Bezirks-wie auch über die Unterbezirkskonferenz, welche beide in Krefeld stattgefunden haben. Die Versammelten bekundeten lebhaftes Interesse für die auf der Bezirkskonferenz beschlossene Winteragitation. Die ebenfalls beschlossene Einrichtung von Bezirksunterrichtskursen und Arbeiterinnenkonferenzen fand ungeteilte Zustimmung. Sodann wurde beschlossen, ein Winterprogramm aufzustellen, welches den Mitgliedern eingehändigt wird. Mit besonderer Genugtuung konnte festgestellt werden, daß trotz massenhafter Verbreitung der Röhlingischen Subelbroschüre an unsere Mitglieder, kein einziges Mitglied aus dem Verbands im Bereiche unserer Ortsgruppe ausgetreten ist. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, sich im kommenden Winter eifrig an der Verbandsarbeit zu beteiligen, damit unsere Ortsgruppe auch weiterhin erstarken möge.

Konstanz. Bei der am 12. November in Neustadt stattgefundenen Ausschusswahl der Allgemeinen Orts-Krankenkasse Neustadt o. S. erhielt die Liste des Sozialen Ausschusses 291 Stimmen (9 Vertreter) und die sozialdemokratische Liste 139 Stimmen (4 Vertreter). Die Wahlbeteiligung war zwar etwas besser als vor zwei Jahren, aber immer noch gering mit Rücksicht darauf, daß ungefähr 1200 Wahlberechtigte vorhanden sind.

Soran. Eine große Anzahl unserer Kollegen und Kolleginnen war zu der am 18. November stattgefundenen Versammlung erschienen. Doch hätten noch mehr erscheinen können. Der Vorstand gibt sich alle Mühe, die Versammlungen so interessant wie möglich zu gestalten. Dies soll für die Mitglieder ein Ansporn sein, durch ihr Erscheinen dem Vorstand in seinen Bestrebungen mehr wie bisher zu unterstützen. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt worden war, berichtete der Vorsitzende über die demnächst einzurichtende Jugendabteilung und forderte alle Kollegen und Kolleginnen auf, ihre der Schule entwachsenen Söhne und Töchter der Jugendabteilung zuzuführen. An einem besonders drastischen Beispiele wies derselbe nach, wie notwendig es sei, die Jugend zu sammeln, um sie im christlich-nationalen Sinne zu erziehen. Hierauf referierte Kollege Fasbender aus Forst über „Nähling und seine Subelbrotschüre“. Ein schmutziges Nachwerk ist es, dem schon bald die Ernüchterung folgte. Sah sich doch Nähling schon gezwungen, noch ehe das Gericht gesprochen hatte, dem die Sache übergeben war, die schwersten gegen den Kollegen Schiffer erhobenen Anschuldigungen wieder zurückzunehmen. Schon jetzt kann man konstatieren, daß die Genossen durch den Ankauf und die Verteilung der Brotschüre nicht auf ihre Rechnung gekommen sind. Mit Stolz können wir hervorheben, daß sich im ganzen Verbandsgebiete ein Sturm der Entrüstung gegen dieses Subelwerk und gegen die Feinde der Sozialis erhoben hat und daß überall die Verdächtigungen, die gegen den Zentralvorstand erhoben worden sind, als das Heucheln wurden, was sie sind, als ein ganz gemeines Nachwerk und als eine ganz gemeine Feihe, verankert zu dem Zwecke, dem Verband die Mitglieder abspenstig zu machen. Aber auch jetzt hat man wieder sehen können, daß die Mitglieder sich immer enger um den Zentralvorstand scharen, je mehr er von unsern Widersachern angegriffen wird. Wir haben überall die Erfahrung machen können, daß es den Sozialis nicht gelungen ist, das Vertrauen zu unsern Führern zu erschüttern. Das mag auch die verbissene Feilheit sein, weshalb man unsern Mitgliedern so nachstellt, um sie für den sozialdemokratischen Verband zu gewinnen. Aber alles ein vergebliches Bemühen. Unsere Kollegen und Kolleginnen wissen zur Genüge, daß sie ihren besten Schutz und die beste Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen nur im Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter Deutschlands haben.

Nach einer kurzen Diskussion, in der man sich mit den Ausführungen des Kollegen Fasbender einverstanden erklärte, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, in Zukunft auch Unorganisierte mitzubringen, um dieselben in unsere Reihen aufnehmen zu können.

Spremberg. Unsere am 12. November abgehaltene Generalversammlung hätte angesichts der Wichtigkeit der Tagesordnung besser besucht sein können. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt worden war, verbreitete sich Kollege Fasbender aus Forst in längeren Ausführungen über die Wichtigkeit der Krankenkassenwahlen für die Arbeiterschaft. Redner betonte besonders, wie wichtig es sei, Leute in den Ausschuss zu wählen, die auch Verständnis genug besitzen, um dieses verantwortungsvolle Amt im Interesse der Arbeiterschaft zu versehen. Es sei nicht genug damit, zur Wahl zu gehen und dem ersten besten seine Stimme zu geben, sondern man soll sich vergewissern, ob der zu Wählende auch imstande ist, die Interessen der Kasse sowohl als auch die der Mitglieder wahrzunehmen. Redner zeigte an verschiedenen Beispielen, wie man vieles für die Arbeiterschaft tun kann, wenn eine Sache mit Geschick angefaßt wird. Dann erläuterte er noch die Rechte und Pflichten der Krankenkassenmitglieder, ausgehend von dem Gedanken, wo Rechte sind, da sind auch Pflichten. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, zahlreich sich an der Wahl zu beteiligen und noch andere mit zur Wahlurne zu nehmen und dafür zu agitieren, daß die Liste Nr. 2 gewählt wird.

Hierauf wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Matthiasch einstimmig wiedergewählt. Derselbe dankte für das Vertrauen, das die Versammlung ihm abermals schenkte und sprach dabei den Wunsch aus, man möge ihn in Zukunft etwas mehr unterstützen als dies bisher der Fall gewesen ist. Als Schriftführer wurde Kollege Gröschke und als Beisitzer die Kolleginnen Frau Ulrich und Frau Goltz gewählt. Auch diese erklärten die Wahl anzunehmen.

Nachdem unter Punkt „Verschiedenes“ noch einige Sachen erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

Kollegen und Kolleginnen! Der neue Vorstand ist nun gewählt und tritt mit dem 1. Januar 1914 sein Amt an. Jetzt ist es unsere Pflicht, denselben in seinem Bestreben, neue Mitglieder für die Ortsgruppe zu gewinnen, recht kräftig zu unterstützen. Denkt an die Worte des Genossen Berginski: „Der Zentralvorstand des sozialdemokratischen Verbandes kümmert sich überhaupt nicht um die Kollegen. Alles läßt ihn kalt. Er macht keinen Finger krümmen, um das Elend der Arbeiter etwas zu lindern. Der Lohn in Spremberg wird immer geringer und die Behandlung spottet jeder Beschreibung. Dies soll uns anspornen, um den Unorganisierten und den Mitgliedern des sozialdemokratischen Verbandes die Augen zu öffnen und ihnen zu zeigen, daß sie von diesem Verbande nichts zu erwarten haben, dem Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter Deutschlands aber immer neue Mitglieder zuzuführen, damit wir in die Lage verlegt werden, bessere Löhne- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiterschaft von Spremberg ertingen zu können.“

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Konferenz evangelischer Arbeiter und Arbeiterinnen in Löhne. Wie uns mitgeteilt wird, findet am 6. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Forstlote in Löhne, zum erstenmale eine Konferenz evangelischer Arbeiterinnen- und Arbeiterdelegierten statt. Alle Vereine des Minden-Ravensberger- und Lipperlandes werden eingeladen, aus ihren Arbeitermitgliedern Vertreter nach Löhne zu entsenden. An die Junglings- und Männer-

vereine, die christlich-patriotischen (evangelischen) Männervereine, Blaukreuzvereine, Jugendbund für entschiedenes Christentum, Jungfrauenvereine, die evangelischen Mitglieder aus allen Jahrgängen der christlichen Gewerkschaften ergeht die Einladung. An den vorbereitenden Sitzungen haben Vertreter der verschiedenen Korporationen teilgenommen. In kürzester Zeit sollen allen Vereinsvorständen die Konferenzdruckfachen zugehen. Die Wahl von Delegierten wird zweckmäßiger Weise recht bald vorzunehmen sein. Alle christlich und national gesinnten evangelischen Arbeiterinnen und Arbeiter haben zu der Konferenz Zutritt.

Juristischer Brieffasten.

Nach Burgwaldbrief. 1. Der Ehemann der verstorbenen Frau erbt ein Viertel, das Kind drei Viertel der Möbel. Der Ehemann hat aber bis zur Volljährigkeit, oder, falls er vorher wieder heiratet, bis zu dieser Heirat das Verwaltungsrecht an allen Möbeln. — 2. Zur Auseinandersetzung ist ein notarieller Akt nicht notwendig, bei größerem Vermögen aber immer anzuraten. Da aber unmündige Kinder betraut sind, muß das Vormundschaftsgericht um Genehmigung gebeten werden.

Fr. R., L. Die Entscheidung der Berufungskommission ist uns unverständlich, wenn Deine Darstellung richtig ist. Sie wird wohl einen anderen Fall haben. Sende sie einmal ein. Deine Adresse angeben!

Militärsache. Die 240 Mark werden vom 1. April nächsten Jahres an gewährt für den vielen dienenden Sohn. Es werden noch nähere Ausführungsbestimmungen ergehen, die auch anzeigen, wo die Ansprüche geltend gemacht werden können.

Versammlungskalender.

- Amern St. Georg.** 30. November, 5 Uhr, bei Wwe. Bernhard Clasen Arbeiterinnenversammlung. — 14. Dezember, 5 Uhr, bei Bernhard Clasen außerordentliche Generalversammlung. — 30. November, von 10-12 Uhr auf dem Büro Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Cottbus.** 13. Dezember, Generalversammlung im evangel. Vereinshaus, Sprestr. 12.
- Seeruge-Dahl.** 29. November, 1/9 Uhr, bei Gust. Wolters (oberes Zimmer).
- Sachsenkürsch.** 30. November, 5 1/2 Uhr, bei Joh. Plum.
- Kaufbeuren.** 29. November, 8 Uhr, im Lokale Rosenau (lath. Vereinshaus).
- Kettenis.** 30. November, 5 Uhr, bei Fr. Lieberh.
- Luckenwalde.** 30. November, 4 Uhr, bei Otto Männich, Barutherstr. 30.
- Mesum.** 30. November, gleich nach dem Hochamt, Generalversammlung bei Borcharding.
- Nieukerl.** 30. November, 1/12 Uhr, bei Joh. Gylmanns.
- Rhehdt.** 30. November, 11 Uhr, in der Bürgergesellschaft.

Adressenänderung.

Die Adresse des Krefelder Bezirks- und Lokalsekretariates lautet: Krefeld, Ruth. Richstr. 40.
Joh. Müller. — Wilh. Marquardt.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Ferdinand Emdgen in Düren.
- Tillmann Hoffmann in Lobberich.
- Nikolaus Krott in Eupen.
- Theodor Schneider in Düsseldorf.
- August Brozowski in Schifflbek.
- Max Emil Haselbach in Glauchau.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Die Gewerkschaften im Lichte der Volkswirtschaftslehre. Köln 1913. Christlicher Gewerkschaftsverlag. 38 Seiten. Preis für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 20 Pfg.

Die Schrift gibt inhaltlich den Vortrag wieder, der von dem Kollegen Joos auf dem Dresdener Kongress der christlichen Gewerkschaften gehalten wurde. Sie schildert die Gewerkschaften in der Auffassung der Manchesterleute, der „Kathedersozialisten“ und der Neuerer auf dem Gebiete der Volkswirtschaftswissenschaft um Professor Adolf Weber. Mit den letzteren erfolgt eine besonders gründliche Auseinandersetzung. In einem „Nachwort“ legt Kollege Brauer dar, wie der Inhalt seiner Schrift „Gewerkschaft und Volkswirtschaft“ (Verlag Fischer-Jena), die in unserer Bewegung und auch durch das Joos'sche Referat manchen Angriff erfährt, an einzelnen Stellen missverständlich aufgefaßt wurde. — Zur Orientierung über die gewerkschaftsfeindliche Stellung einer Anzahl Professoren auf den deutschen Hochschulen leistet die Schrift gute Dienste.

Die Unfallverhütung in der Baumwollspinnerei. Ihre Entwicklung, Wirtschaftlichkeit und Erfolge. Von Dr. Ing. Karl Lachmann. (Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen. Neue Folge. Heft 23.)

Karlruhe i. B. 1913. G. Braunsche Hoffbuchdruckerei und Verlag. Preis im Abonnement 2,80 M., im Einzelverkauf 3,80 M.

Die Arbeit ist ein Beitrag zur Frage des Einflusses der sozialen Gesetzgebung Deutschlands (speziell der Unfallversicherung) auf unsere Industrie und deren Arbeiterschaft. Diese Arbeit ist von aktuellem Interesse, wie sich aus der kürzlich vom Reichstage gefaßten Resolution ergibt, die von der Regierung eine Denkschrift darüber fordert. — Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten behandeln u. a. die Unfallverhütung unserer Gesamtindustrie, die der Berufsgenossenschaften bestimmter Industriegruppen. In vorliegender Arbeit ist nur eine Großindustrie für sich herausgegriffen und an der Hand der historischen Entwicklung der Maschinen und Betriebs-einrichtungen, sowie umfangreichen statistischen Materials vom Standpunkte der Volks- und Privatwirtschaft untersucht. Es wurden die Verhältnisse der Baumwollspinnerei ganz Deutschlands berücksichtigt, speziell aber die des Oberrheins, der durch seine Wäthausen Gesellschaft für Unfallverhütung muster-gütlich vorangegangen ist.

Somit richtet sich die Arbeit nicht nur an den Sozialpolitiker und Nationalökonom, sondern noch an die Betriebsleiter der Baumwollspinnereien, sowie den Maschinenfabrikanten, als dem Konstrukteur der Schutzvorrichtungen. Den Gewerbeaufsichtsbeamten und den Berufsgenossenschaften wird sie manches Bekannte in neuer Form bringen. Für die Leiter der Arbeitnehmerorganisationen wird das Werkchen auch von großem Interesse sein.

Zur Würdigung der deutschen Arbeiter-Sozialpolitik.

Kritik der Bernhardschen Schrift: Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik. Von Dr. Franz Hise, o. ö. Prof. in Münster i. W., M. d. R. Mit Beiträgen von Geh. Oberregierungsrat Dr. Wurmeling, M. d. R., Berlin, und Sanitätsrat Dr. Fajbender, Berlin-Stände. gr. 8° (124) M.-Glabach 1913, Volksvereins-Verlag GmbH. M. 1.60, postfrei M. 1.80.

Inhalt: Einleitung. Erster Teil: Staatliche Reglementieren und private Unselbständigkeit. I. Die staatliche Genehmigung privater Betriebe. II. Die staatliche Kontrolle privater Betriebe. III. Die staatliche Regelung privater Betriebe. IV. Die Verstaatlichung privater Betriebe. Zweiter Teil: Der Kampf um die Rente. I. Unerwünschte Folgen der Rentenversicherung. II. Das Recht des Arbeiters auf Rente. Wirkungen auf den Volkscharakter und die Volkskraft. 1. Allgemeine Kritik. 2. Unfallneurose — Rentenpsychie. 3. Verlängerung der Heilungsdauer; Ueberreizung und Simulation. 4. Ergebnis. Dritter Teil: Der parteipolitische Mißbrauch sozialpolitischer Einrichtungen. I. Die Parteiherrschaft. II. Die Grenzen der Sozialpolitik. Vierter Teil: Die gegenwärtigen Wirkungen unserer Sozialpolitik. I. Grundgedanke und Ziel der Arbeiterversicherung. II. Leistungen der Arbeiterversicherung. III. Die Wirkungen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung für die gesundheitliche Hebung des Arbeiterstandes. IV. Wirtschaftliche und kulturelle Hebung unseres Volkes.

Zu einer kritischen Würdigung und Widerlegung der Bernhardschen Tendenzschrift war wohl niemand mehr berufen als einer der Mitbegründer des großen Wertes der deutschen Sozialreform Prof. Dr. Hise, der in mehr denn dreißigjähriger unermüdblicher parlamentarischer Wirksamkeit an fast allen sozialen Gesetzen entscheidend mitgewirkt hat. Dem jonglierenden Spott, mit dem Prof. Bernhard seine herunterreichenden Ausführungen über schwerwiegende und verwickelte Fragen unserer sozialen Gesetzgebung glaubt „würzen“ zu dürfen, stehen bei Prof. Hise tiefer Ernst und warmes Interesse gegenüber. Muß bei Bernhard die äußere Form der Darstellung über die innere Dürftigkeit und teilweise Unzuverlässigkeit hinweggeholfen — man denke nach dieser Richtung nur an die Wiedergabe der Rede des Fehrv. v. Stumm und des Ministers von Verlepsch bei den Beratungen über die Sonntagsruhe in der Gewerbeordnungsnovelle 1891 — so bekundet der Inhalt der Ausführungen Prof. Hises auf langjährigen Erfahrungen beruhende sachliche Ueberlegenheit und Ueberzeugungskraft. So wird Herr Bernbach, der als volkswirtschaftlicher Einspänner gegen unsere Sozialreform siegesbewußt zu Felde zog, gründlich abgeführt. Nicht minder müssen dem Theoretiker Bernhard gegenüber auch Dr. Wurmeling und Sanitätsrat Dr. Fajbender als zu einem sachlichen Urteil durchaus berufen gelten, letzterer als erfahrungreicher praktischer Arzt und ersterer als langjähriger Mitarbeiter an unserer sozialen Gesetzgebung; zuletzt noch als Regierungskommissar bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Zum dritten deutschen Arbeiterkongress. — Ursachen und Folgen der Arbeitslosigkeit. — Weber Klarheit noch Wahrheit! — Unwahrheiten und Verdächtigungen. — Maschinen zum Anknüpfen der Webketten. — Feuilleton: Ueberwunden. — Allgemeine Rundschau: Das neue Jahrbuch. — Wie lernen wir aus der Gewerkschaftspresse? — Wohnungsfürsorge und Kinderreichtum. — Die Lohnverhältnisse in der englischen Textilindustrie. — Untaugliche Mittel. — Fleischproduktion und Fleischverbrauch. — Gegen die Arbeitslosenversicherung. — Die Geldgeber der Gelden. — Unternehmerallüren in sozialdemokratischen Betrieben. — Aus unserer Industrie: Gewebe als Buntglas-Imitationen. — Tuchfabrikant und Tuchhändler. — Die Textilindustrie und die Ballankstaaten. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Berichterstattung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitragereiz. — Gmsbetten. — Nährisch-Schönberg. — Aus unseren Bezirken: Arbeiterinnenkonferenz für den Bezirk Aachen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Augsburg. — Dillen. — Forst. — Giesfeldchen. — Gils. — Konstadt. — Sorau. — Spremberg. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Konferenz evangelischer Arbeiter- und Arbeiterinnen in Löhne. — Juristischer Brieffasten. — Versammlungskalender. — Adressenänderung. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.